

# Deutsche Metallarbeiter-Zeitung

und  
**Glück=Auf.**

Erscheint wöchentlich Samstags.  
Abonnementspreis pro Quartal 80 Pfg.  
Reichspost-Zeitungsliste Nr. 1187.

Berechnet werden  
Inserate die dreigespaltene Zeile oder  
deren Raum mit 50 Pfg.

Organ des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes und Publikationsorgan der Allg. Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter.

Verantwortlich für die Redaktion: Joh. Scherm, Nürnberg, Sultpoldstraße 9. — Redaktion und Expedition: Nürnberg, Sultpoldstraße 9.

**Inhalt:** Deutscher Metallarbeiter-Verband: Zur Frage der Erweiterung des Unterstützungswesens. Ein Wort an unsere Mitglieder. — Die Bölle auf Metalle und Metallwaren. — Aus Württemberg. — Wie der Betrieb der Berliner Elektrizitätsgesellschaft „Union“ auf amerikanische Art reorganisiert worden ist. — D. M. B.: Bekanntschaft des Vorstandes. Quittung über die im November 1902 bei der Hauptkasseneingehangenen Verbandsgelder. — Korrespondenzen. — Rundschau. — Literatur.

## Zur Beachtung.

### Zugung ist fernzuhalten:

- von Bügelschleifern nach **Wald**, Rheinland (Mümacher Weyer) Str.;
  - von Drahtarbeitern nach **Berlin** (Heinze) St.;
  - von Feilenhauern nach **Arbon** (Schweiz, Fuchs) und nach der **Schweiz** überhaupt; nach **Breslau** (Wilkens);
  - von Feingoldschlägern nach **Dresden**, **Leipzig**, **Nürnberg** und **Schwabach** (besonders von den Werkstätten M. Hüter, Furger);
  - von Formern und Eisengieberei-Arbeitern nach **Blankenburg**, **Mübeland** und **Borge am Harz** (Harzer Werke); nach **Erfurt** (Schwabe & Co.); nach **Gülfrow** (Str.); nach **Hirschberg** (Theuser) Str.; nach **München** (Heilbronner) R.; nach **Hölingen** (Vof) R.; nach **Hiersen** (Winkel und Preuß); nach **Irrbitz** in Anhalt (Braun) U.;
  - von Gold- und Silberarbeitern nach **Kopenhagen** (G. Bentz); nach **Kathenow** (Krimm, Kirsche & Günther, Wiesinger) St.;
  - von Justizern (Nähmaschinenbranche) nach **Berlin-Niedorf** (Morihmann) St.;
  - von Klempnern nach **Burg** (D.); nach **Emmerich a. Rhein** (Breitenstein) St.; nach **Hamburg**, nach **Ohligs** (Ranke & Co.) U.; nach **Irrbitz** (Wesfeld);
  - von Kupferschmiedern nach **Ohligs** (Ranke & Co.) U.;
  - von Metallbildnern nach **Chemnitz** (Sonnenschein);
  - von Nadelarbeitern nach **Chemnitz** (Stricknadel-Fabr. Max Müller) R. und M.;
  - von Optischen Industriearbeitern nach **Kathenow** (Kirsche & Günther);
  - von Schlossern nach **München** (Heilbronner) R.;
  - von Silberschlägern nach **Schwabach** (Farnbacher) D.
- (Die mit St. bezeichneten Orte sind Streifgebiete, welche überhaupt zu meiden sind; D. St. heißt: Streif in Aufsicht; U.: Lohnbewegung; A.: Aussperrung; D.: Differenzen; M.: Maßregelung; Ml.: Mißstände; R.: Lohn- oder Kostendebuktion; F.: Einführung einer Fabrikordnung.)

## Zur Beachtung.

Da wegen der Weihnachtsfeiertage die Nr. 52 einen Tag früher expediert wird, so müssen Berichte für diese Nummer bis Samstag, den 20., Anzeigen bis Montag, den 22. Dez., Vormittags, in unseren Händen sein.

Von Neujahr ab erscheint — wie den Ortsverwaltungen etc. per Zirkular bereits bekannt gegeben — die „Metallarbeiter-Zeitung“ in Stuttgart. Für Nr. 1 ist Redaktionschluss am Samstag, den 27. Dezember.

Die Anzeigen aller Art für Nr. 1 sind direkt nach Stuttgart zu senden.

Dagegen sind die für die Redaktion bestimmten Sendungen, wenn sie bis zum 24. Dezember einschließlich zur Post gegeben werden, nach Nürnberg zu adressieren, vom 25. Dezember ab nach Stuttgart, Rötestraße 16 B.

Wir ersuchen ganz besonders, uns alle Einwendungen für den redaktionellen Teil der Nr. 1 frühzeitig, nicht erst bis 27., sondern wenn möglich bis 22. Dezember nach Nürnberg zugehen zu lassen, damit keinerlei Störungen eintreten.

## Deutscher Metallarbeiter-Verband.

### Zur Frage der Erweiterung des Unterstützungswesens.

#### Ein Wort an unsere Mitglieder.

Schon viel ist sowohl in den letzten Nummern dieses Blattes als auch bei früheren Diskussionen gelegentlich der Einführung anderer Unterstützungszweige in unserem Verband von der Erweiterung des Unterstützungswesens nach der Richtung der Einführung eines Krankenzuschusses im Verband die Rede gewesen, und auch der letzten Generalversammlung in Nürnberg lagen eine ganze Anzahl Anträge vor, die den Vorstand mit der Ausarbeitung einer diesbezüglichen Vorlage an die kommende Generalversammlung in Berlin beauftragen wollten. Die Verhandlungen über dieselben mußten der dazwischen kommenden Statutenberatung wegen abgebrochen werden und so blieben sie der Erwägung des Vorstandes überlassen. Aber auch wenn dem Vorstand solche Anträge nicht zur Erwägung überlassen worden wären, hätte die Frage der Einführung eines Krankenzuschusses von ihm erwogen werden müssen, weil eine große Anzahl bei der Bewilligung und Ablehnung von Anträgen nach § 20 des Statuts gemachter Erfahrungen die Dringlichkeit, sich mit dieser Frage zu beschäftigen, immer mehr erkennen ließ. Hierzu kam noch der weitere Umstand, daß viele Mitglieder, die einer freien Hilfskasse angehörten, aber in derselben eine Behandlung erfuhren, die der berüchtigten Praxis profitwüthiger Affekuranzgesellschaften würdig an die Seite gestellt werden kann, beim Vorstand eine baldige Stellungnahme zu der Frage anregte.

Da im Vorstand, wie hinlänglich bekannt, grundsätzliche Bedenken gegen eine Erweiterung des Unterstützungswesens nach dieser Richtung hin nicht bestanden, im Gegentheil die Einführung eines Krankenzuschusses für den Verband nur die Vermehrung seiner Kampfmittel bedeutet, so wird es einleuchten, daß sich der Vorstand die Beschaffung von Material zur Aufstellung einer Wahrscheinlichkeitsberechnung zur Durchführung eines Krankenzuschusses angelegen sein ließ. Die Beschaffung derartigen Materials ist aber ziemlich schwierig und es daher erklärlich, wenn eine auf das zugängliche Material aufgestellte Rechnung mit größter Vorsicht aufgebaut wurde.

Zur Verfügung steht uns das Material der Ortskrankenkassen, der freien Hilfskrankenkassen, sowie einiger Betriebskrankenkassen. Ferner auch noch das Material der mit der Berufs- und Gewerbezahlungs 1895 verbundenen Arbeitslosen-Zählung. Das Material der Krankenkassen ist nicht ganz einwandfrei. Die Ortskassen nehmen zwar alle Arbeiter ohne vorherige ärztliche Untersuchung auf, entsprechen also in dieser Hinsicht den Anforderungen, die unser Verband an eine solche Kasse zu stellen hätte, aber sie befinden sich gegenüber der freiwilligen Versicherung, wie sie doch in unserem Verband nur gedacht werden kann, insofern im Vortheil, als sie einen Zwang auf Erwerbung der Mitgliedschaft ausüben und sich dadurch durch frisches, gesundes Blut regenerieren können. Ein solches Zwangsmittel steht unserem Verbands nicht zur Verfügung. Er darf bei der Aufnahme eines Mitgliedes nicht danach fragen, bist du gesund oder bist du krank, sondern er macht die Aufnahme davon abhängig, ob der etwa neu Eintretende die Bestrebungen und die Statuten des Verbandes als für sich bindend aner-

kennt, aber er kann keinem Metallarbeiter sagen, du mußt dem Verband beitreten. Dies verbietet sich schon aus gesetzlichen Bedenken. In dieser Beziehung nähert sich der Verband also den freien Hilfskassen, die ihm gegenüber wieder durch die Auswahl nur der ärztlich gesund befundenen Bewerber im Vortheil sind. Aber gerade diese Beschränkung in der Auswahl der Mitglieder aus der Zahl der als gesund Befundenen ist es, die das Material der Betriebs- und freien Hilfskassen als mangelhaft erscheinen läßt. Soll daher auf Grund dieses zur Verfügung stehenden Materials eine Wahrscheinlichkeitsberechnung aufgestellt werden, so wird diese nur unter ganz bestimmten Voraussetzungen möglich sein.

Was nun das zur Frage der Durchführbarkeit eines Krankenzuschusses vom Vorstand benutzte Material betrifft, so wurden zur Beurteilung der Krankheitshäufigkeit zunächst aus den Ortskrankenkassen der Metallarbeiter, der Branchen der Metallarbeiter, die Jahresberichte und aus den allgemeinen oder vereinigten Ortskrankenkassen Spezialauszüge, soweit solche zur Verfügung standen, herangezogen. Das Material erstreckt sich über eine Zeit von drei Jahren und resultiert von 44 Ortskrankenkassen. Ferner wurde zur Nachprüfung herangezogen das Material der letzten drei Jahre aus der Hirsch-Dunderschen Krankenunterstützungskasse des Gewervereins der Maschinenbau- und Metallarbeiter, und von den letzten 6 Jahren aus der allgemeinen Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter E. G. Nr. 29 Hamburg. Bildeten hierbei die Zahlen der beiden letzteren Krankenkassen gleichsam eine Gegenliste zu dem aus den Berichten der Ortskrankenkassen gewonnenen Material, so sollte die Benützung der Angaben der reichsamtl. Arbeitslosen-Zählung dazu dienen, einen Schluß auf die Zahl der tatsächlich kranken Personen, die doch noch lange nicht gleichbedeutend ist mit der Zahl der Krankheitsfälle, sowie auf die Dauer der Krankheiten, die sich aus den Berichten nur durchschnittlich ergibt, zu ermöglichen. Die Zahlen der Arbeitslosen-Zählung, wie sie sich aus der Reichsstatistik ergeben, sind allerdings nicht ohne Weiteres verwendbar, weil sie die Ergebnisse von Tageszählungen sind, während die Zahlen der Hilfs- und Ortskassen Jahresresultate darstellen. Man kann aber aus dem Durchschnitt der Tageszählungen sehr leicht auf den Jahresdurchschnitt schließen, indem man sie mit der Zahl der entsprechenden Zeitabschnitte, die das Jahr enthält, multipliziert. Die so ausgeführte Rechnung ergibt den Jahresdurchschnitt an Kranken für das Jahr 1895 und kann insofern auf die Daten der Krankenkassen angewendet werden, als man die Krankheitsfälle dieser nach den Krankheitsdauern der Arbeitslosen-Zählung eintheilt. Man kann aber auch ohne Rücksicht auf die aus dem Krankenkassenmaterial gewonnenen Zahlen eine beliebige Anzahl Kranker im Jahre annehmen, und nach den gewonnenen Zahlen der Arbeitslosen-Zählung eintheilen. Die eine wie die andere Rechnung wird eine Zahl an Krankheitstagen ergeben, die den Durchschnitt aus den Krankenkassen-Resultaten bedeutend übertrifft und dadurch dafür bürgt, daß die Rechnung eher zu ungünstig ausgefallen ist. Eine solche Rechnung muß aber auch eher etwas ungünstiger aufgestellt werden, damit sie allen Eventualitäten Stand zu halten vermag.

Erweist sich nun auf Grund der weiter unten aufgeführten Berechnungen die Einführung eines Krankenzuschusses auch in unserem Verbands als durchführbar, so wird die Einführung desselben gleichsam zur Nothwendig-

leit, wenn man in Betracht zieht, daß gerade Krankheit es ist, die einer nicht unbedeutenden Anzahl von Mitgliedern, weil sie nur einer Krankenkasse angehört, heute noch ganz bedeutende Wunden schlägt. Man wird hier einwenden können, daß sich jedes Mitglied ja doppelt versichern kann. Das ist nicht richtig. Nur dasjenige Mitglied kann sich doppelt versichern, das vom Vertrauensarzt der freien Hilfskassen für genügend gesund befunden ist und frühere Krankheiten nicht verschweigt. Alle Andern setzen sich mehr oder minder der Gefahr aus, abgewiesen zu werden, und weil dem so ist, und man doch nicht bestreiten kann, daß die Versicherung in verschiedenen von einander getrennten Institutionen auch mit Unbequemlichkeiten aller Art verbunden ist, außerdem die Prämien einiger Hilfskassen gegen ihre Mitglieder eher alles Andere als entgegenkommend ist, erscheint es im höchsten Grade wünschenswert, daß der Verband auch diesen Unterstützungszweig für seine Mitglieder einführt. Daß er hierbei gegen gewerkschaftliche Grundsätze verstößt, wird Seitens des Vorstandes entschieden in Abrede gestellt, und kann überhaupt nur im Ernste von einem Ignoranten behauptet werden. Hat man bis jetzt nichts dagegen einzuwenden gehabt, daß Beihilfen bei Krankheit und beim Todesfall aus dem regulären Fonds des Verbandes auf Grund des § 20 des Statuts bewilligt wurden, so kann man konsequenterweise auch nichts dagegen einwenden wollen, wenn der Verband künftighin das, was für einige wenige Mitglieder bis jetzt bestritten war, statutarisch für alle Mitglieder festlegt und dadurch die Auszahlung solcher Unterstützungen unabhängig von einer Genehmigung des Vorstandes macht.

Hierzu kommt aber noch ein anderes Moment. Es hat sich im Laufe der Zeit als ein großer Mibstand herausgestellt, daß unsere Mitglieder bei irgend welchen auf andere Ursachen als auf Arbeitslosigkeit zurückzuführenden Vorkäuflichkeiten erst immer einen Antrag an den Vorstand einreichen müssen, um in solchen Fällen etwas zu erhalten. Die Behandlung solcher Anträge war sowohl für die Ortsverwaltung als auch für den Vorstand manchmal ein recht saures Stück Arbeit, das an Unbearbeitbarkeit nichts zu wünschen übrig ließ, auch zu manchen Unzuträglichkeiten unter den Mitgliedern selbst führte. Die Gewährung von Unterstützungen nach § 20 des Statuts war eine sehr mißliche Sache, da sie leider nur zu häufig, selbstverständlich unabsichtlich, zu unglücklicher Behandlung der davon betroffenen Mitglieder führte. Wer keine Rothlage am besten zu begründen verstand, erhielt in erster Linie Unterstützung, auch wenn vielleicht seine Bedürftigkeit weniger hochgradig war als bei einem Andern, der sie nicht so gut zu begründen verstand. Außerdem machte die Nothwendigkeit zur Einreichung eines besonderen Antrages nicht immer den gleichen Eindruck auf die bedürftigen Mitglieder. Manah einer unterließ aus falscher Schamhaftigkeit oder Verschämtheit die Einreichung eines Antrages, weil es ihm nicht behagte, seine Verhältnisse dritten Personen klarzulegen. Die Unterstützung nach § 20 entwickelte sich dadurch immer mehr zu einem Borrecht Einzelner, während sie für die große Masse der Mitglieder nicht vorhanden war. Diese nicht abzustreitende Ungleichheit in der Behandlung der Mitglieder legte dem Vorstand nahe, auf Mittel und Wege zu sinnen, um eine gleichmäßige Behandlung aller Mitglieder zu gewährleisten. Als ein solches Mittel betrachtete der Vorstand die Einföhrung von Bestimmungen in das Statut, wonach den Mitgliedern in ganz bestimmten Fällen eine Beihilfe aus Verbandsmitteln gewährt und diese Unterstützung, genau so wie Arbeitslosenunterstützung und Reisegeld von der Ortsverwaltung ausbezahlt werden kann. Der erste Schritt hierzu ist die Einföhrung eines Krankenzuschusses und eines Sterbegeldes. Diesem müßte als weiterer Ausbau die Gewährung einer Beihilfe zu den Umzugskosten sowie die Regelung der Gemäßregelten-Unterstützung folgen. Sind diese Unterstützungszweige erst geregelt, so kann der Verband auf einen besonderen § 20 verzichten, da dann alle die Fälle berücksichtigt worden sind, die bisher unter § 20 fielen. Der Vorstand wird daher der nächsten Generalversammlung in Berlin einen Antrag unterbreiten, der sich zur Legende macht die

Einföhrung eines Krankenzuschusses, Einföhrung eines Sterbegeldes, Einföhrung einer Beihilfe zu den Umzugskosten in Fällen von Arbeitslosigkeit, Kündigung und wo es im Verbandsinteresse gelegen ist, und

Regelung der Unterstützung an Gemäßregelten und bei Streiks durch Aufnahme diesbezüglicher Bestimmungen und der Unterstützungssätze in das Statut.

Zur Durchföhrung dieser Reformen und Neueinrichtungen im Unterstützungswesen beantragt der Vorstand die Erhöhung der Wochenbeiträge von 30 auf 50 Pfg. für männliche und von 10 auf 25 Pfg. für weibliche Mitglieder. Die Beitragserhöhung soll ausschließlich zur Durchföhrung des Krankenzuschusses und des Sterbegeldes dienen, während die übrigen Unterstützungen aus den gewöhnlichen Einnahmen an Stelle der Aufwendungen für Unterstützungen nach § 20 bestritten werden sollen.

Dies im Allgemeinen unser Plan für die Erweiterung und Revision des Unterstützungswesens in unserem Verbande.

Erster Erwägung werth halten wir noch die Erweiterung der bestehenden Ortsunterstützung und des Reisegeldes durch Verlängerung der Bezugsdauer. Laßt sich hier vorerst vielleicht auch nicht viel thun und muß mit größter Vorsicht vorgegangen werden, so halten wir es immer noch nicht für ausgeschlossen, daß vielleicht die Bezugszeit um eine Woche verlängert, also auf 8 statt 7 Wochen festgesetzt werden kann. Hierzu bedarf es jedoch erweiter Prüfung des bisher aus der Ortsunterstützung gewonnenen Materials, und behalten wir uns vor, darauf nach Abschluß der Jahresrechnung zurückzukommen.

Indem wir die Mitglieder aller Orte ersuchen, zu diesen unseren Vorschlägen Stellung zu nehmen, geben wir nachstehend die rechnerischen Unterlagen zur Prüfung der Durchföhrbarkeit eines Krankenzuschusses und Sterbegeldes sowie den Umfang, in dem wir uns die Durchföhrbarkeit dieser Unterstützungszweige im Verbande unter Aufrechterhaltung seiner sonstigen Aufgaben vorstellen, bekannt.

**I. Krankenzuschuß und Sterbegeld.**

Die Rechnungsergebnisse aus den zur Verfügung stehenden Berichten und Auszügen ergeben:

**Ortskrankenkassen:** für die letzten drei Jahre: durchschnittliche Mitgliederzahl pro Jahr 1:2.603 männliche Mitglieder; Krankheitsfälle, Jahresdurchschnitt: 49.555 Fälle, das ist 44,01 Prozent der Mitglieder; Krankheitsstage, Jahresdurchschnitt: 1.047.747 Tage, das sind 21,15 Tage pro Fall oder 9,3 Tage pro Mitglied.

**Eingeföhrbene Hilfskassen:**

1) **Sirsch-Dunder**, für die letzten 3 Jahre: durchschnittliche Mitgliederzahl pro Jahr: 23.235; Krankheitsfälle, Jahresdurchschnitt: 12.939 Fälle, das sind 55,69 Prozent der Mitglieder; Krankheitsstage, Jahresdurchschnitt: 245.746 Tage, das sind 18,99 Tage pro Fall oder 10,58 Tage pro Mitglied.

2) **Allgem. Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter**, für die letzten 6 Jahre: durchschnittliche Mitgliederzahl pro Jahr: 64.881 Mitglieder; Krankheitsfälle, Jahresdurchschnitt: 31.824 Fälle, das sind 49,05 Prozent der Mitglieder; Krankheitsstage, Jahresdurchschnitt: 681.884 Tage, das sind 21,43 Tage pro Fall oder 10,51 Tage pro Mitglied.

Das Ergebnis stellt sich bei den Ortskrankenkassen etwas günstiger als bei den freien Hilfskassen, was wohl darin seinen Grund hat, daß die Ortskrankenkassen durch eine bedeutend stärkere Fluktuation den Gesundheitszustand ihrer Mitglieder stets erneuern. Außerdem wirken auch die verschiedenen Bezugszeiten, die in einzelnen Krankenkassen für eine Krankheit nicht mehr wie 13 Wochen betragen, dabei mit. Andererseits aber ist das Mißverhältniß der Ortskrankenkassen, die alle Arbeiter ohne ärztliche Untersuchungen nehmen müssen, an einigen Orten entschieden größer.

Wollte man dies Material ohne Weiteres auf unseren Verband anwenden, so würde man bald die Un-

durchföhrbarkeit des Krankenzuschusses nachweisen können. Nimmt man nämlich die höchste Durchschnittszahl der ungünstigsten Klasse als Durchschnittszahl im Verbande an, so würde der Verband mit mindestens 10 1/2 Krankheitstage pro Mitglied zu rechnen haben. Rechnet man für jeden Krankheitstage ausschließlich der Sonntage 1 Mk., so ergibt dies pro Mitglied eine Ausgabe von 9,50 Mk., das sind bei 100.000 Mitgliedern 950.000 Mk., die in Ausgabe zu stellen wären. Diese Ausgabe könnte durch die Einnahmen, die der Verband durch Erhöhung der Beiträge mehr erzielt, nicht gedeckt werden, wenn dieselbe Beitragzahlung pro Mitglied und Jahr vorausgesetzt wird, wie sie jetzt ist. Zur Zeit kommen auf das Mitglied nicht mehr als 41 Beiträge pro Jahr. Dies machte eine Mehreinnahme von 41 x 100.000 x 20 Pfg. = 820.000 Mk. Es ständen sich also eine Mehreinnahme von 820.000 Mk. und eine Mehrausgabe von 950.000 Mk. gegenüber, womit die Undurchföhrbarkeit des Projektes bewiesen wäre.

In dieser Weise haben verschiedene Kollegen im Verbandsorgan den Beweis geföhr, jedoch dabei Zweierlei außer Acht gelassen. Erstens, daß die Zahl der Krankheitsfälle nicht gleichbedeutend ist mit der Zahl der erkrankten Mitglieder. Zweitens, daß der Verband, da die Krankenunterstützung für ihn nicht Selbstzweck, sondern nur Mittel zum Zweck sein soll, es in der Hand hat, nur so viel Krankenzuschuß zu gewähren, wie er zu leisten vermag.

Wir haben aus obigen Rechnungsergebnissen gesehen, daß die Ortskrankenkassen günstiger abgesehen und dies auf größere Fluktuation zurückgeföhr. Was hindert uns, im Verband die vorhandene Fluktuation uns nutzbar zu machen und dadurch unsere Einnahmen wenigstens um ein Kleines zu erhöhen? Wir können die vorhandene Fluktuation ausnutzen dadurch, daß wir die Krankenunterstützung erst nach einjähriger Mitgliedschaft gewähren. Dies Mittel allein würde aber nicht genügen. Es sollen doch nicht alle Jahre nur die Krankenzuschüsse gezahlt werden können, sondern es muß auch ein Reservefonds, wenn auch kein solcher mit gesetzlich vorgeschriebener Höhe, zurückgelegt werden, um auch außerordentlichen Fällen begegnen zu können. Dies kann in folgender Weise geschehen. In dem obigen Beispiel wurde angenommen, daß die Krankenunterstützung vom ersten Tage ab für die Dauer der Krankheit gezahlt wird. Was verpflichtet den Verband dazu? Nichts. Er kann auch bei dem Krankenzuschuß dieselben Grundsätze wie bei der Arbeitslosenunterstützung anwenden, wenn das im Interesse der Durchföhrbarkeit gelegen ist. Er kann es beim Krankenzuschuß sogar noch viel eher, weil das Gros Derjenigen, die diesen Unterstützungszweig in Anspruch zu nehmen gedenken, gegen Krankheit noch anderweitig versichert ist. Ebenso kann er bei der geringen Beitragserhöhung auch mit Recht geltend machen, daß die Unterstützung längstens im Jahre nur eine bestimmte Zeit lang gezahlt wird, ohne Rücksicht darauf, ob das Mitglied in dieser Zeit wiederholt wegen derselben oder wegen verschiedener Krankheiten erwerbsunfähig gewesen ist. Diese Einschränkungen dürften volllauf genügen, um die Durchföhrbarkeit des Krankenzuschusses im Verband zu sichern.

Wenden wir diese Einschränkungen einmal auf die aus den Kassenberichten gewonnenen Zahlen an, so ergibt sich:

1) Nach dem Material der Ortskrankenkassen: 44,01 Prozent Krankheitsfälle von je 21,15 Tagen Dauer. Das macht auf den Verband mit rund 100.000 Mitgliedern 44.010 Krankheitsfälle mit je 21,15 Krankheitstagen. Bringt man hier nun die ersten 7 Tage in Abzug, weil für die erste Woche Krankenzuschuß nicht geleistet werden soll, und rechnet im Uebrigen pro Tag 1 Mk., so ergibt sich 44.010 x 14,15 Mk., d. i. 622.741,50 Mk.

2) Nach dem Material der Sirsch-Dunderischen Klasse: 55,69 Prozent Krankheitsfälle von je 18,99 Tagen Dauer. Das macht auf den Verband mit rund 100.000 Mitgliedern 55.690 Krankheitsfälle mit je 18,99 Krankheitstagen. Das sind nach Abzug der ersten 7 Tage 11,99 Unterstützungstage à 1 Mk., das sind 55.690 x 11,99 Mark = 667.723,10 Mk.

3) Nach dem Material der Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter: 49,09 Proz. Krankheitsfälle von je 21,43 Tagen Dauer. Das macht auf den Verband mit rund

100,000 Mitgliedern angewendet 49,050 Krankheitsfälle mit je 21,43 Krankheitstagen, oder nach Abzug der 7 Tage mit 14,43 Unterstühtungstagen à 1 Mt., das sind 49,050 x 14,43 Mt. = 707,791,50 Mt.

Hier nach erweist sich der Krankenzuschuß nicht nur als durchführbar, sondern es wird in jedem Falle noch ein Ueberschuß erzielt, von dem noch das Sterbegeld und die Verwaltungskosten bestritten werden könnten. Rechnet man das Sterbegeld pro Jahr für 1 Proz. = 1000 Mitglieder im Durchschnitt mit 60 Mt., und für die Verwaltungskosten 5 Proz. der Mehreinnahmen aus den Beiträgen, so ergibt das noch eine Ausgabe von 60,000 Mt. für Sterbegeld und von 41,000 Mt. für die Verwaltung, also zusammen rund 101,000 Mt., die den obigen Beträgen zuzuzählen wären.

Die Gesamtausgaben stellten sich hier nach je nach dem Falle, der in Obigem zur Anwendung gekommen ist, auf 723,741,50 Mt., oder 768,723,10 Mt., oder 808,791,50 Mt., so daß 96,258,50 Mt., oder 51,276,90 Mt., oder 11,208,50 Mark als Rücklage für den Reservefonds übrig bleiben würden, was gewiß nicht als zu viel betrachtet werden kann.

Erweist diese auf Durchschnittszahlen aufgebaute Berechnung die Möglichkeit der Durchführbarkeit eines Krankenzuschusses und eines Sterbegeldes in angeedeutetem Umfange zur Genüge, so wurde seitens des Verbandes auch noch das Material der Arbeitslosenzählung 1895 zur Gegenprüfung und Kontrolle herangezogen. Dieses Material hat vor dem von den Krankenkassen gelieferten den Vorzug, daß es nicht die Krankheitsfälle, sondern die Kranken Personen der Zahl nach angibt. Außerdem gestattet es einen Einblick in die Dauer der Krankheiten. Als Nachtheil haftet aber diesem Material an, daß es nur an zwei Zähltagen gewonnen wurde und für ein Jahr maßgebend ist.

Nach der Berufs- und Gewerbezahl 1895 waren wegen vorübergehender Erwerbsunfähigkeit arbeitslos im Durchschnitt beider Zähltage in Gruppe:

Table with 2 columns: Beruf/Gewerbe, Anzahl Personen. Includes Metallverarbeitung (9241,5 männl., 361 weibl.), Maschinenbau, Mühlen, Wagen, u. Pianofortebau (2715,5, 144).

Zusammen 11957 männl., 505 weibl. Personen. Von diesen wegen vorübergehender Erwerbsunfähigkeit arbeitslosen Personen waren

a. Männliche Personen

Table with 3 columns: erwerbsunfähig, an beiden Zähltagen zusammen, Durchschnittlich per Tag. Rows for 7, 14, 28, 90 days and total.

Um aus der Tagesdurchschnittszahl den Jahresdurchschnitt festzustellen, ist der Tagesdurchschnitt zu multiplizieren und zwar der

bis zu 7 Tagen = 1 Woche mit 52, da 1 Woche x 52 = 1 Jahr
" 14 " = 2 " " 26, " 2 " x 26 = 1 "
" 28 " = 4 " " 13, " 4 " x 13 = 1 "
" 90 " = 13 " " 4, " 13 " x 4 = 1 "
über 90 Tage = mindest. 13 Wochen mit 4, da 13 x 4 = 1 Jahr

Hier nach ergibt sich als Jahresdurchschnitt:

Table with 2 columns: Durchschnitt per Tag, per Jahr. Rows for 7, 14, 28, 90 days and total.

Da die Zahl der beschäftigten männlichen Personen im Jahre 1895 916,104 Personen betrug, wären mithin 191,050 oder 20,85 Prozent erwerbsunfähig gewesen.

Aus dieser gewonnenen Zahl der Erwerbsunfähigen ergibt sich, daß in den von den Krankenkassen angegebenen Zahlen der Krankheitsfälle mehrere erwerbsunfähige Personen wiederholt aufgeführt sein müssen. Daß dem so ist, ergibt sich auch aus der Praxis verschiedener Hilfskassen, gegen häufig im Jahre mit allen möglichen und unmöglichen Krankheiten wiederkehrende Erwerbsunfähige durch Ausschließung derselben aus der Rasse vorzugehen. Auch unser Verband wird mit wiederholten Krankheiten und mit der vollen Ausnutzung der Bezugszeit rechnen müssen,

und man thut daher bei der Berechnung gut daran, wenn man von vornherein den Prozentsatz der Kranken im Jahre nicht als zu niedrig annimmt.

Nehmen wir also an, wir hätten im Jahre mit 50 Prozent = 50,000 Kranken von 100,000 männlichen Mitgliedern zu rechnen, und vertheilen wir diese 50,000 Kranken nach dem obigen Jahresdurchschnitt auf die Krankheitsdauern, so ergibt sich folgende Rechnung:

Table with 3 columns: bis zu, erwerbsunfähig, der erwerbsunfähigen Mitglieder. Rows for 7, 14, 28, 90 days and total.

Diese erwerbsunfähigen Mitglieder würden erhalten, da erst nach Ablauf der ersten Woche Krankenzuschuß geleistet wird, bei einer Erwerbsunfähigkeit

Table with 3 columns: bis zu, erwerbsunfähig, der erwerbsunfähigen Mitglieder. Rows for 7, 14, 28, 90 days and total.

In der gleichen Weise läßt sich die Rechnung auch für die

b. weiblichen Personen

durchzuführen. Von diesen waren erwerbsunfähig

Table with 3 columns: an beiden Zähltagen zusammen, Durchschnittlich per Tag. Rows for 7, 14, 28, 90 days and total.

Hieraus der Jahresdurchschnitt berechnet:

Table with 3 columns: bis zu, erwerbsunfähig, der erwerbsunfähigen Mitglieder. Rows for 7, 14, 28, 90 days and total.

8319 Erwerbsunfähige sind 20,17 Prozent von 41,240 beschäftigten weiblichen Personen.

Auch hier ist damit zu rechnen, daß ein und dieselbe Person im Jahre mehrmals krank wird und daher die Bezugszeit ganz in Anspruch nimmt. Auch ergibt sich aus der Praxis der Krankenkassen, daß die weiblichen Mitglieder der Kassen stärker belasten als die männlichen. Um dieser Thatsache genügend Rechnung zu tragen, nehmen wir an, daß wir im Jahre mit 60 Prozent Erwerbsunfähigen zu rechnen haben. Das wären bei 2500 weiblichen Mitgliedern rund 1500 Kranke. Auf diese die obigen Zahlen der Krankheitsdauer angewendet, ergibt

Table with 3 columns: bis zu, erwerbsunfähig, der erwerbsunfähigen Mitglieder. Rows for 7, 14, 28, 90 days and total.

Zusammen 100 Proz. = 1500 erwerbsunfähige Mitglieder

Von diesen würden erhalten, da die ersten 7 Tage bei der Auszahlung in Wegfall kommen, bei einer Erwerbsunfähigkeit

Table with 3 columns: bis zu, erwerbsunfähig, der erwerbsunfähigen Mitglieder. Rows for 7, 14, 28, 90 days and total.

Zusammen 1500 Mitglieder in Summa Mt. 9933

Ergibt sich nach der Anwendung der aus den Ergebnissen der Arbeitslosenzählung gewonnenen Jahreszahlen der einzelnen Krankheitsdauern ebenfalls die Durchführbarkeit des Projekts, so könnten noch hier und da Zweifel auftauchen, ob man diese Jahresdurchschnitte, ohne einen Fehler zu begehen, anwenden darf. Auch diesen Einwand hat der Vorstand geprüft, indem er aus den obigen verschiedenen Krankheitsdauern die Krankheitstage ausrechnete und diese Rechnung dann auf alle Kassen angewendete, von denen Material zur Verfügung stand. Alle diese Rechnungen ergaben eine höhere Anzahl Krankheitstage, als sie in den zur Verfügung stehenden Kassenberichten aufgeführt sind, und lieferten damit den Beweis, daß unsere Wahrscheinlichkeitsberechnungen auf keinen günstigeren Verhältnissen basiren, wie sie die Krankenkassen haben. Während nämlich bei den Krankenkassen auf jeden Krankheitsfall höchstens 21,43 Krankheitstage kommen, entfallen nach unserem Beispiel 23,18 Tage auf einen solchen. Wir hatten

nämlich, nach dem Beispiel der männlichen Mitglieder gerechnet für

Table with 3 columns: Mitglieder, Tage, Tage. Rows for 7, 14, 28, 90 days and total.

Also für 50 000 Mitglieder zusammen 1 159 395 Tage oder pro erwerbsunfähiges Mitglied 23,18 Tage.

Wendet man die gleichen Rechnungen auf die Krankenkassen an, so erhält man für die

Ortsklassen:

Table with 3 columns: bei 49,555 Kranken, erwerbsunfähig, der erwerbsunfähigen Mitglieder. Rows for 7, 14, 28, 90 days and total.

gegenüber 1,047,747 Tagen nach den Berichten.

Hirsch-Dunder'sche Rasse:

Table with 3 columns: für 43,33 Proz., erwerbsunfähig, der erwerbsunfähigen Mitglieder. Rows for 7, 14, 28, 90 days and total.

gegenüber 245 746 Tagen nach den Berichten.

Allgem. Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter:

Table with 3 columns: für 43,33 Proz., erwerbsunfähig, der erwerbsunfähigen Mitglieder. Rows for 7, 14, 28, 90 days and total.

gegenüber 681 884 Tagen nach den Berichten.

Ist die Durchführbarkeit eines Krankenzuschusses und Sterbegeldes durch obige Rechnungen zur Genüge nachgewiesen, so bleibt nur noch die Bilanzierung der durch die Beitragserhöhung beabsichtigten Mehreinnahmen mit den durch Einführung dieses Unterstühtungszweiges bedingten Ausgaben.

Es stellen sich bei einer Leistung von 41 Beiträgen pro Jahr und Mitglied bei

Einnahmen:

Table with 2 columns: 100 000 männl. Mitglieder, 2 500 weibl. Mitglieder. Rows for 41x20 and 41x15.

Demgegenüber stellen sich nach der letzten Berechnungsart die

Ausgaben:

Table with 2 columns: Krankenzuschuß an 50 000 männl. Mitglieder, Sterbegeld für 1%, Verwaltungskosten gleich 5% der Einnahmen. Rows for Krankenzuschuß, Sterbegeld, Verwaltungskosten.

Bilance.

Table with 2 columns: Einnahmen, Ausgaben. Rows for Einnahmen, Ausgaben, Ueberschuß.

Ueberschuß für den Reservefond 25 633,25. Ueber die Ausdehnung der Krankenunterstühtung ist nicht viel zu sagen, sie ergibt sich größtentheils aus obigen Rechnungen.

Der Krankenzuschuß soll betragen pro Woche 6 Mt. für männliche und 3 Mt. für weibliche Mitglieder und wird gezahlt nach Ablauf der ersten Woche auf längstens 13 Wochen im Jahre. Hierbei empfiehlt sich aber noch aus erzieherischen Gründen die Schaffung von Abstufungen in der Bezugsdauer und schlagen wir folgende vor:

Table with 2 columns: nach 1-jähriger Mitgliedschaft, 2, 3, 4, 5 Wochen. Rows for 9, 10, 11, 12, 13 weeks.

In ähnlicher Weise soll das Sterbegeld nach der Dauer der Mitgliedschaft bemessen werden. Es soll mit 30 Mt. nach einjähriger Mitgliedschaft beginnen und mit jedem weiteren Jahre der Mitgliedschaft um 5 Mt. bis zum Höchstbetrage von 100 Mt. steigen. Das Sterbegeld ist für alle Mitglieder ohne Unterschied des Geschlechtes gleich.

Krankengeldzuschuß und Sterbegeld treten 1 Jahr nach Erhöhung des Beitrages in Kraft und wird den Mitgliedern, die dann über 1 Jahr dem Verbands angehören, diese längere Mitgliedschaft angerechnet.

II. Beihilfe zu den Uebersiedlungskosten

soll gewährt werden an Mitglieder, die einen eigenen Haushalt führen, arbeitslos geworden sind oder geübt erhalten haben, wenn die Entfernung des neuen vom bisherigen Wohnort mindestens 30 Kilometer beträgt. Die Umzugs-Unterstützung richtet sich nach der Dauer der Mitgliedschaft, beträgt nach einjähriger Mitgliedschaft 20 Mt. und steigt dann pro

Jahr um 5 Mk. bis zum Höchstbetrage von 40 Mk. Umzugs-Unterstützung wird im Jahre nur einmal gewährt. Die Auszahlung erfolgt durch die Ortsverwaltung bezw. die Geschäftsführer ohne besondere Genehmigung des Vorstandes.

III. Unterstützung bei Maßregelungen und Streiks.

Karenzzeit für diese, wie bisher, 26 Wochen.

Höhe der Unterstützungssätze:

Table with 2 columns: Amount (Mk.) and Category (e.g., unmarried men, married women, single). Rows show 14, 7, 6, 12, 7, 8.

Außerdem erhält jeder Familienvater für jedes seiner Fürsorge Unterstehende Kind eine Unterstützung von Mk. 1 pro Woche, jedoch nicht mehr wie im Ganzen Mk. 5 pro Woche. Weibliche Mitglieder können die Kinderunterstützung ebenfalls erhalten, wenn sie allein stehen und kein Vater für diese Kinder sorgt.

Mitglieder, die die Karenzzeit noch nicht absolviert haben, können nur bei Kämpfen oder Maßregelungen wegen Zugehörigkeit zur Organisation mit dem niedersten Satze der Ortsunterstützung unterstützt werden. Ueber diese Fälle entscheidet der Vorstand.

Die Unterstützungen für Umzüge, Maßregelungen und Streiks treten sofort mit Erhöhung der Beiträge ein.

Dies unsere Vorschläge zur Reformierung und Erweiterung des Unterstützungswesens in unserm Verbands. Wir übergeben diese Vorschläge schon jetzt der Öffentlichkeit, um eine rege und ausgiebige Diskussion und vollkommene Klärung bis zum Stattfinden der nächsten Generalversammlung zu ermöglichen.

Stuttgart, den 1. Dezember 1902.

Mit kollegialem Gruß

Der Vorstand.

Die Zölle auf Metalle und Metallwaren.\*

II.

„Der Schutz der nationalen Arbeit“.

Das unabwiesbare Gefühl sachlicher und zum Theil auch formaler Inkompetenz mußte den Grafen Posadowsky schon früh veranlassen, sich nach einer geeigneten Rückendeckung umzusehen. Zu diesem Zwecke wurde bereits im Jahre 1897 der sogenannte „wirthschaftliche Ausschuss zur Vorbereitung und Begutachtung handelspolitischer Maßnahmen“ berufen. Die Begründung der Zolltarifvorlage nennt diesen Ausschuss „eine Vereinigung von hervorragenden Vertretern der einheimischen Erwerbsthätigkeit“ und sagt von ihr: „Seine Mitglieder sind unter gleichmäßiger Berücksichtigung der großen Erwerbsstände, der Landwirtschaft, der Industrie und des Handels, vom Reichskanzler ausgewählt worden. Der wirtschaftliche Ausschuss hat in mehr als hundert Sitzungen seiner Abtheilungen die Grundlagen eines umfassenden Gutachtens über die Neugestaltung des Tarifs nach Form und Inhalt durch Vernehmung von mehr als 2000 Sachverständigen gewonnen, bei deren Auswahl die Rücksicht auf die inländische Gütererzeugung, des inländischen Verbrauchs sowie des Binnen- und des Außenhandels gleichmäßig maßgebend gewesen sind.“ Wir sind gewiß die Allerletzen, die eine Regierung tadeln würden, wenn und weil sie sich durch Anfragen aller Art unterrichtet sucht; in unzähligen Fällen haben die Vertreter des arbeitenden Volkes im Gegentheil solche Enquetes direkt gefordert. Aber es kommt auch hierbei auf das Wie der Ausführung an! Gegen die Art, wie die deutsche Reichsregierung in diesem Falle vorgegangen ist, spricht schon der eine Umstand, daß sie keinen einzigen Arbeiter oder Vertrauensmann der Arbeiter hinzuzog. Agrarier aller Schattierungen und die Macher des Centralverbandes deutscher Industrieller, jene Scharfmacher und Kühnemann, mit denen gerade die deutschen Metallarbeiter so viele ernste Sträube auszufechten gehabt haben, gaben in jenen Verhandlungen den Ton an. Man könnte es aus den Ergebnissen deutlich und einwandfrei erkennen, wenn auch weniger vorgekommen wären, als thatsächlich vorgekommen sind. Denn die Verhandlungen des wirtschaftlichen Ausschusses waren noch obendrein geheim. Wir können natürlich begreifen, daß irgend ein Fabrikant nicht sein Produktionsgeheimniß, irgend ein Händler nicht seine Creditverhältnisse auf

offenem Markte darlegen mag und kann; insofern wäre der Ausschluß der Öffentlichkeit bei der Behandlung mancher Materien wohl begreiflich und zu rechtfertigen gewesen. Aber der übergroße Theil der Erörterungen hätte können und demnach müssen öffentlich gepflogen werden.

Außer durch die Resultate der Verhandlungen (um nicht zu sagen: Verschwörungen!) und ohne die Indiskretionen konnte man dennoch wissen, wer bestimmend im wirthschaftlichen Ausschusse gewaltet hat — nämlich durch jene famose Publikation der Bureaubriefe, aus denen die stamende Welt erfahren hat, wie der Scharfmacher-Verband mit preussisch-deutschen Ministern umzuspringen pflegt!

Der Centralverband deutscher Industrieller und der von ihm infizirte wirthschaftliche Ausschuss sind die eigentlichen Träger des berühmten Schlagwortes vom „Schutz der nationalen Arbeit.“ (Ausbeutung, nicht Arbeit — wie man richtiger sagen sollte!) Mit diesem „Schutz der nationalen Arbeit“, den man rasch erfinden mußte, nachdem der Schutz der nationalen Landwirtschaft so ungeheim propagirt worden war, hat es nun im Tarif folgende Bewandniß: Ganz allgemein behauptet die Begründung der Zolltarifvorlage zunächst (Seite 15): „Im Gegensatz zur Landwirtschaft bedarf die Industrie keiner allgemeinen Verstärkung ihres Zollschutzes. . . . Im Einzelnen sind jedoch zahlreiche Verschiebungen der Wirkung der Schutzzölle erforderlich.“ Nach diesen allgemeinen und recht zahmen Darlegungen kommt man aus der Verwunderung gar nicht heraus, wenn man darauf an eine genaue Prüfung der Industriezölle herantritt; es stellt sich nämlich heraus, daß neben den Zollerhöhungen die paar Zollermäßigungen gar keine Rolle spielen können, besonders bemerken wir eine ganz ausgesprochene Begünstigung der Halbfabrikate, aber auch diejenige sehr wichtiger Rohstoffe (für Mühlenindustrie, Papierfabrikation, Holzindustrie usw.). Von der Zollerhöhung für Halbfabrikate werden insbesondere die Kleinen- und Maschinenindustrie und die übrigen Industrien der Verarbeitung unedler Metalle betroffen. Ueber die besonderen Gefahren, die ein hoher Schutz Zoll auf Halbfabrikate mit sich bringt, werden wir noch handeln müssen. Hier setzen wir zunächst die Durchmusterung der Tarifvorlage fort und stoßen dabei auch auf eine ansehnliche Reihe von Erhöhungen der Zölle auf Fertigfabrikate (so z. B. aus der Metallbranche dünnes Zinnblech, feinen Nickeldraht, Personenwagen, Maschinen für Textilindustrie, Feuerhydranten usw.). Sa, man hat sogar diese Zollerhöhungen in ein gewisses System gebracht, indem man die im bisherigen Zolltarif bestehenden Positionen, welche Waaren von verschiedenem Werthe umschlossen, auflöste und die höherwerthigen Waaren nun mit einem höheren Zoll belegte — nicht etwa, weil die Lage der betreffenden Industrien das objektiv angemessen erscheinen ließ, sondern weil sie eben höherwerthig waren. Schon der frühere Zolltarif kannte bei fast allen Eisenwaaren eine Dreitheilung in ganz grobe, grobe und feine Waaren; jetzt aber soll dazu noch eine Staffellung nach dem Gewichte treten, so zwar, daß die feineren — und dementsprechend auch leichteren — Waaren relativ und absolut höher verzollt werden sollen.

In feineren Waaren steckt mehr Arbeit, als in groben. Je weiter das Material sich von seinem Rohzustande entfernt, um so mehr Aufwand von Geistes- und Handarbeit ist ihm beigegeben worden, um so höher steigt sein Werth. Man weiß, was ein Kilo feinsten Uhrfedern im Vergleiche mit einem Kilo unbearbeiteten Stahles kostet! Und gerade diese höheren Arbeitswerthe will die Zollvorlage durch Erhöhung der Zölle „schützen“. In der Einleitung zur Begründung des Abschnittes: Eisen und Eisenlegierungen steht es mit dürren Worten klipp und klar geschrieben, sodas jeder Zweifelhafte sich selbst leicht davon überzeugen kann. Es heißt dort: „Die angemessene Berücksichtigung des Arbeitswerthes des dem Einzelnen Erzeugniß soll nach dem Entwurfe durch die mehrfach vorgeschlagene Staffellung nach dem Einzelgewicht oder nach der Stärke oder durch sonstige, das Maß der auf die Herstellung verwendeten Arbeit kennzeichnende Unterscheidung erreicht werden.“ Wenn mans so hört, möchte leidlich scheinen; wenn mans aber genauer untersucht, kommt einem der furchtbare Widerspruch, der sich hinter dem in jenem Satze umhüllenen Schlagworte vom „Schutz der nationalen

Arbeit“ versteckt, mit fürchterlicher Deutlichkeit zum Bewußtsein. Es ist nämlich der bare Unsinn, daß ein Produkt um so mehr Zollschutz verdiene oder erfordere, je mehr heimische Arbeit darin steckt. Das gerade Gegentheil ist wahr. In welchen Stoffen ist denn die ausländische Konkurrenz für unsere Volkswirtschaft oder für ihre einzelnen Theile am drückendsten? Man braucht keine langen statistischen Tabellen durchzustudiren, um die Antwort zu finden: in solchen, die wenig menschliche Arbeit enthalten. Gerade unsere hochwerthigen, weil viel Arbeit einschließenden Industrieartikel ertragen die Konkurrenz des Auslandes am besten, mit ihnen hat Deutschland seine Stellung auf dem Weltmarkte erobert. Und man könnte sich — es sei zu sagen erlaubt — fast vor Lachen kugeln, wenn man an einer anderen Stelle der Tarifbegründung aus dem eigenen Munde der Regierung eine Bestätigung dafür erhält, daß eines der Grundprinzipien des ganzen Zolltarifs, nämlich jener oben zitierte Satz, der bare Unsinn ist; dort heißt es nämlich auf einmal: „Je mehr Waare verwendet wird, desto eher ist es der von der Natur weniger begünstigten deutschen Industrie im Allgemeinen möglich, mit dem Auslande nicht nur auf dem heimischen Markte, sondern auch auf dem Weltmarkte erfolgreich in Wettbewerb zu treten.“ Na, also! „Erkläret mir, Graf Derindur, diesen Zwiespalt der Natur!“

Die Erklärung ist nicht schwer: die erste Phrase ist dem Tarife zu Grunde gelegt worden auf das Geheiß kapitalkräftiger Interessenten; im zweiten Satz verräth die Regierung wider Willen, daß sie ein Opfer des Intellekts gebracht hat, als sie die Begünstigung gewisser Kreise der Großindustrie mit dem Schlagworte vom „Schutz der nationalen Arbeit“ zu bemanteln suchte. Der Beweis dafür ist zu liefern.

Aus Württemberg.

Die Berichte der Württembergischen Handelskammern werden soeben — durch die Centralstelle für Handel und Gewerbe zusammengefaßt — publizirt. Nach denselben machten sich die Folge-Erscheinungen der wirtschaftlichen Depression in fast allen Zweigen der Metallindustrie bemerkbar. Aus allen Bezirken wird berichtet von Absatzrückungen, Vertriebsbeschränkungen, Arbeiterentlassungen, Lohnkürzungen.

Selbstverständlich wird daneben sehr in der üblichen Weise über die hohen Löhne der Arbeiter gejammert. So schreibt ein Stuttgarter Fabrikant von Spezialartikeln für Fabrik- und Maschinenbetriebe: „Die Preise für manche Artikel könnten niedriger sein, wenn einer Ermächtigung nicht die Löhne gegenüber stünden, welche trotz der schlechten Geschäftslage auf der bisherigen Höhe geblieben sind.“

In der Acetylenbranche haben sich die großen Entwürfe nicht erfüllt. Arbeiterentlassungen waren bei dem schlechten Geschäftsgange unvermeidlich; die Löhne für die nicht entlassenen Arbeiter blieben aber gleich.“

Aus dem Handelskammerbezirk Stuttgart berichtet eine Maschinenfabrik: Die Konkurrenz stieg bei der allgemeinen Geschäftslage auf das höchste Maß, und das Unvermögen wurde von Monat zu Monat schlimmer. . . . Infolge des schlechten Geschäftsganges mußte der Betrieb und damit auch die Arbeiterzahl eingeschränkt und die Löhne ermäßigt werden.

Eine Firma, welche Maschinen, Dampfessel und eiserne Brücken fabrizirt, schreibt, daß der Absatz außerhalb Deutschlands zurückgegangen, und zwar hauptsächlich deshalb, weil die indizirten Waaren nach dem Auslande billiger verkauft als im Inlande. „Wir sind deshalb z. B. nicht mehr im Stande, unseren Kunden in der Schweiz zu gleich billigen Preisen zu liefern, wie die dortigen Fabriken.“ Eine Werkzeugmaschinenfabrik war gezwungen, viele ihrer jüngeren Leute zu entlassen und für die übrigen theilweise die Arbeitszeit zu kürzen.

Die Kammer in Heidenheim berichtet: In Turbinen, sowie Maschinen für komplette Einrichtungen zur Papier- und Holzstofffabrikation geschätere sich der Absatz schwieriger und gingen zugleich auch die Preise ganz bedeutend zurück. Der Export war lebhaft. Die Arbeiterzahl wurde ein wenig verringert. Die Arbeiterverhältnisse sind befriedigend, die Leute hatten sehr guten Verdienst, da infolge eiliger Aufträge die Arbeitszeit vielfach verlängert werden mußte. Wo man entläßt einen Theil der Arbeiter, läßt dann die verbleibenden Ueberstunden arbeiten und schreibt dann von „befriedigenden“ Arbeiterverhältnissen!

Eine Maschinenfabrik im Rottweiler Bezirke mußte ein Drittel der Arbeiter entlassen.

Der Inhaber eines großen Fraßschiffbauwerkes berichtet: „In der ersten Jahreshälfte war es mir möglich, annähernd genügende Beschäftigung zu erhalten, während der Sommermonate konnten jedoch nur zwei Drittel, später nur die Hälfte der Maschinen in Betrieb erhalten werden.“ Eine Fabrik für Möbelbesätze und Kronen behauptet, wichtige Arbeiter seien nur schwer zu bekommen; das Vermittlungsamt verfolge fast immer. Die im Bezirk Reutlingen namhaft berichteten

\* S. 42.

Anfertigung wissenschaftlicher, hauptsächlich physiologischer Apparate hatte stetig genügend Aufträge zu verzeichnen, so daß nie auf Lager gearbeitet werden mußte. Die Preise für physikalische Apparate sind den Lohnverhältnissen entsprechend um 10 Proz. erhöht worden. Sollten die Löhne wirklich um so viel gestiegen sein? Vielleicht fordern sich die Arbeiter, die bei der Lohnverhöhung übergegangen werden, noch nachträglich ihren Antheil ein.

Eine Reißzeugfabrik gibt folgendes Mägelied zum Besten: Als einzige Reißzeugfabrik Württembergs haben wir alles Personal in einheimischen Arbeitern selbst heranzubilden und begeben hierbei den verschiedenartigsten Schwierigkeiten. Die in unserer Werkstätte ausgebildeten jungen Leute gehen meistens nach beendeter Lehrzeit, trotz entsprechender Lehrgelöhne, auf die Reise, und verlieren dabei ihre mühsam erworbenen Kenntnisse; nach 1/2- und 1-jähriger Abwesenheit findet sich Mancher wieder bei uns ein, inzwischen aber hat er seine Zeit verloren und muß, wenn überhaupt Raum und Gelegenheit zum Wiedereingegängnis vorhanden ist, nochgedrungen noch einmal von vorne anfangen. Von Arbeiterausständen sind wir bisher verschont geblieben, weil mit den älteren vernünftigen Elementen in angenehmer Weise zu verkehren ist.

In der Oberndorfer Waffenfabrik war die Beschäftigung eine derart ungleichmäßige, daß die Arbeiterzahl zwischen 316 und 920 Mann schwankte. Aus Gmünd wird berichtet: In der Edelmetallindustrie ist auch im Vorjahre ein weiteres Steigen der Löhne zu verzeichnen, an tüchtigen Bijoutiers besteht entschieden Mangel.

Die Silberwaarenfabrik Heilbronn schreibt, daß viele Aufträge nur ausgeführt werden, um die Arbeiter zu beschäftigen, dagegen hat eine weitere Steigerung der Arbeitslöhne nicht mehr stattgefunden. Im Sommer waren wir nicht voll beschäftigt und haben während einiger Monate die Arbeitszeit um eine Stunde im Tag reduziert.

Ein Stuttgarter Fabrikant bemerkt, daß ein Mangel an Lehrlingen vorhanden sei, der sich mit den Jahren zu einer Katastrophe ausbilden könne. Die jungen Leute versuchen lieber alles Andere, ehe sie zum Goldschmiedhandwerk greifen. Von 6 Lehrlingen beendigen kaum 3 die Lehre.

Eine Blattschneidfabrik schreibt: Die Verkaufspreise standen dermaßen unter den Herstellungskosten, daß alle Produzenten Deutschlands mit Defizit arbeiteten. Dabei war der Absatz in der zweiten Hälfte des Jahres nicht einmal schwierig, aber um so heftiger die Konkurrenz. Als einziger Produzent des Artikels in Württemberg konnte ich wegen späteren Ertrages nur schwer Arbeiterentlassungen vornehmen, sondern mußte eben die Arbeitszeit auf das äußerste Maß reduzieren. Im Februar 1902 kam die Nürnberger Konvention zu Stande, welche einen 10 prozentigen Aufschlag durchsetzte. Kontrolliert wird die Abmachung von den Arbeitern selbst, so daß jede Umgehung oder Neugründung unmöglich ist.

Die Kammer in Neutlingen bemerkt, daß namentlich in der Feinmechanik ein empfindlicher Mangel an leistungsfähigen Arbeitern vorhanden sei, für welche die Löhne beträchtlich in die Höhe gegangen seien.

Im Neutlinger Bezirk ist in der Maschinenindustrie mehrfach eine Verminderung der Arbeiterzahl vorgenommen worden, wenn auch größere Arbeiterentlassungen nur vereinzelt vorkamen. Die Arbeitszeit wurde vielfach verkürzt und bei gelegentlichen Austritten Ersatz nicht eingestellt.

Mit Genugthuung wird konstatiert, daß das Verhältnis zwischen Unternehmer und Arbeiter auch dort, wo man bisher Ursache zu Klagen hatte, ein besseres geworden sei, was seinen Grund in der gedrückten Gesamtlage hat. Während sich ein Bericht aus der Metallindustrie dahin ausdrückt, „der flauere Geschäftsgang hat regelmäßige Arbeiterverhältnisse geschaffen,“ so lautet es in einem anderen Bericht:

„Die gegenwärtige Stagnation hat auch ihre gute Seite. Das fast unerträglich gewordene Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer ist wieder einmal durch „höhere Gewalt“ korrigiert worden und der Prinzipal ist wieder mehr Herr im eigenen Hause.“

Im Ulmer Bezirk trat infolge flauen Geschäftsganges in den Fabriken landwirtschaftlicher Maschinen, Flügeln, Werkzeugmaschinen, in den Eisengießereien eine Verminderung der Arbeiterzahl ein. In der Werkzeug- und Maschinenfabrikation wurde auch die Arbeitszeit für längere Zeit gekürzt. Auch hier wird mit Befriedigung darauf verwiesen, daß „die Entlassungen und die Verkürzungen der Arbeitszeit nicht verfehlten, auf die Arbeiter, deren Ansprüche sich in der Zeit der Hochkonjunktur gesteigert hatten, Eindruck zu machen und ihre Forderungen herabzusetzen, wenigstens wird uns dies aus der Baum- und Holzindustrie, Maschinenfabrikation, Holzindustrie usw. mitgeteilt. Dagegen sollen in der Metallwaarenfabrikation Lohnverhöhungen erfolgt sein.“

Ein Sachverständiger für Arbeiterfragen scheint der Lohnfabrikant zu sein, welcher sich über die Wirkung der Arbeiterfrage-Gesetzgebung auf die Arbeiterjugend äußert: „Die für unsere Branche oder doch jedenfalls für unseren Betrieb unverhältnismäßig weitgehende Schonung der jugendlichen Arbeiter verhindert nicht nur deren sachgemäße Ausbildung, sondern vernichtet in ihnen geradezu jedes Pflichtbewußtsein und steigert frühzeitig ihren Anspruch auf Genuß und Bequemlichkeit.“

Die Handelskammerberichte bestätigen somit aufs Neue, daß die wirtschaftliche Lage der Arbeiter eine besorgliche Verschlechterung erfahren hat. Dabei ist in absehbarer Zeit eine Besserung nicht zu erwarten, vielmehr dürfte im kommenden Winter die Zahl der Arbeitslosen beträchtlich steigen. In der Maschinenfabrik 5000 Arbeiter waren früher 1300 Arbeiter beschäftigt, jetzt sind es deren 800. Die Maschinenfabrik Kuhn in Stuttgart-Berg hat die Zahl der Arbeiter von über 1000 im Jahre 1900 auf jetzt 420 reduziert. Allein im

verfloßenen Oktober verminderte sich die Zahl der Arbeiter um 95. Dabei arbeiten 870 von den verbliebenen 120 Arbeitern täglich 2 Stunden weniger. Und in diesen Betrieben sind fast lediglich Arbeiter von der Entlassung betroffen worden, die im Vollgefühl ihrer Lebenslänglichkeit den Anschluß an die Organisation für überflüssig, wenn nicht schädlich erachteten. Der Dank für ihr „braves“ Verhalten ist ihnen jetzt durch den Entlassungsschein quittiert worden. Als Trost verbleibt den Betroffenen die Bandstrafe oder Armenunterstützung und politische Entrechtung.

### Wie der Betrieb der Berliner Elektrizitätsgesellschaft „Union“ auf amerikanische Art „reorganisiert“ worden ist,

Das zeigte am Mittwoch, den 26. November, in einer in der Kronenbrauerei in Berlin abgehaltenen, stark besuchten öffentlichen Metallarbeiter-Versammlung der Gewerkschaftsbeamte C. W. Jesenthal. Gestützt auf authentisches Material führte er etwa Folgendes aus:

Im Februar 1901 erschien in den Unionwerken gang plötzlich der Amerikaner Drake und stellte sich dort als Betriebschef vor. Von seinem Engagement hatte noch keiner der Beamten etwas gewußt. Sogar die Direktion erfuhr erst später, daß der Kommerzienrat Viktor Löwe die Bekanntheit Drake's auf der Pariser Weltausstellung gemacht und ihn ohne Befragen der Direktion mit einem Jahresgehalt von 72,000 Mk. engagiert hatte. Die Aufgabe des „neuen Herrn“ bestand darin, den Betrieb nach amerikanischem Muster völlig zu reorganisieren, d. h. eine Aenderung der Fabrikationsmethode sowie eine Verbilligung der Produktionskosten durchzuführen. Letzteres besorgte er bald mit bewundernswürdiger Bravour, indem er mehr wie die Hälfte sämtlicher Arbeiter mit einem Lohnabzug von 5 bis 20 Proz. beglückte. Doch die Reorganisationsarbeit mochte ihm alleine wohl etwas beschwerlich gefallen sein, deshalb erhielt er schon nach einem halben Jahr eine Hilfskraft in der Person seines Schwagers Kolton, ebenfalls ein smarter Amerikaner, der für seine Tätigkeit die Bagatelle von jährlich 18,000

Mark bezog. Wertwändig aber, ein Theil der hohen Beamten konnte sich mit dem amerikanischen Reorganisationshystem durchaus nicht recht befreunden. So z. B. der oberste verantwortliche Leiter der Union, Generaldirektor Laug. Bei seiner einzigen der Drake'schen Maßnahmen wurde er um seine Ansicht, geschweige denn Zustimmung gefragt, weshalb er seit 1 1/2 Jahren in England und auf Reisen weilte, ohne sich um den Betrieb zu kümmern, dafür aber sein Gehalt von 36,000 Mk. jährlich ruhig weiter bezog. Mehrere andere Beamte, die dem Drake'schen neuen Kurs nicht hold waren, die aber in langjährigem Vertragsverhältnis mit der Firma standen, wurden unter Zahlung reichlich bemessener Abfindungssummen abgeschoben, so der frühere Oberingenieur Tischendorf mit 24,000 Mk., der Procurist Berlin mit 24,000 Mk., der frühere Betriebschef Köhler mit 20,000 Mk., nachdem er eine mehrmonatliche Vergnügungsreise nach Amerika kostenfrei gemacht hatte. Der frühere kaufmännische Leiter, Pinagel, heißt sich jetzt mit einem anderen Herrn in die Leitung eines ca. 15 Mann umfassenden Bureaus in der Dorofeenstraße, und kostet diese Kaststellung der Union jährlich ca. 12,000 Mk. bis zum Ablauf des mehrjährigen Vertrages. Es kommen hier noch eine Anzahl weiterer Beamter in Frage, die auf diese Art eine gute Wegzehrung erhalten haben, so daß sich die Höhe der gezahlten Abfindungssumme auf weit über 100,000 Mk. beläuft. Ein anderer Theil von Ingenieuren und Prokuristen, die sich dem amerikanischen System nicht fügen mochten, sind in das erwähnte Bureau, die sogenannte Sterbekammer, verbannt worden, bis sie sich gefügig zeigen oder abgesetzt werden. Dagegen erhalten willfährige Beamte bei verhältnismäßig jugendlichem Alter besondere Vertrauensstellungen mit entsprechendem Gehalt. So bekommt der jetzige noch sehr junge Vorsteher der Materialverwaltung jährlich 7200 Mk., während sein Vorgänger nur 3600 Mk. erhielt. Dafür ist der Anteil des Ersteren aber auch Direktor der österreichischen Union.

Aus dieser Zusammenstellung ergibt sich, daß die von Herrn Viktor Löwe durch den Direktor Drake bewirkte Reorganisation des Betriebes der Uniongesellschaft ein schönes Stück Geld gekostet hat. Hier kam es auf einige Tausende mehr oder weniger garricht an, sollten diese Summen doch durch Reduzierung der Arbeiterlöhne wieder wert gemacht werden.

Charakteristisch für die „amerikanischen“ Geschäftspraktiken des Herrn Löwe ist folgender Vorgang: Der British Thomson-Houston-Co. wurden von der Union für die Londoner Untergrundbahn 12 Motore zu Lokomotiven geliefert. Die Selbstkosten hierfür betragen per Stück 9000 Mk., berechnet wurden sie jedoch nur mit 5000 Mk., so daß der englischen Gesellschaft ca. 50,000 Mk. direkt geschenkt sind. Löwe ist Großaktionär der Letzteren.

Schließlich ist aber das amerikanische System arg in die Brüche gegangen und Herr Löwe von seinen Amerikanern selbst gründlich geneppt worden. Im Oktober d. J. reiste Herr Kolton, der Famulus Drake's, nach London zum Abschluß eines Millionengeschäftes für die Unionwerke, zum Bau einer englischen Untergrundbahn. Die Vorarbeiten hierzu hatten rund ein Vierteljahr gedauert. Anstatt nun aber den Abschluß der Lieferung für die Union zu betreiben, verschaffte Herr Kolton die Arbeit der amerikanischen Westing-House-Gesellschaft, welche eine Schwester-gesellschaft in England hat, und ließ sich von jener gleichzeitig als Direktor engagieren. Der Union jagte Herr Kolton damit auf amerikanisch Ledawohl. Ganz ähnlich machte es der Reorganisations-Drake. Auch er ist bereits abgedampft, um der Westing-House-Gesellschaft gegen gute Bezahlung seine Dienste zu weihen. Die Union hat jetzt das Nachsehen. Ihre geschätzten Reorganisationsleute sind verduftet und der sicher erhoffte englische Millionenertrag ist „flöten“ gegangen. Das kam von der Vorliebe des

Kommerzienrats Löwe für amerikanische Geschäftsmaximen.

Am Schlusse seines Vortrages betonte der Redner, der Arbeiterschaft an sich könne es ja ziemlich gleichgültig sein, ob die Union durch die schlauen Amerikaner über den Löffel barbiert sei oder nicht. Der Zweck der Versammlung sei, zu zeigen, daß die Kapitalisten besser daran thäten, mit den hohen Beamtengehältern vernünftig zu wirtschaften, als den Arbeitern ihre ohnehin schon so großen Löhne noch mehr zu kürzen. Auf diesem Gebiete leistete besonders die Union Großes. So ist das Lohnbureau von der Direktion angeordnet worden, den abgehenden Arbeitern den Lohn nur gegen Generalquittung auszus zahlen. Wenn derselbe, was häufig vorkommt, vom Lohnbureau zu niedrig berechnet wird und die Arbeiter reklamieren, so heißt es einfach: Entweder unterschreiben oder verlagern. Um die Laufereien nach dem Gewerbegericht zu sparen, unterschreiben dann die meisten Arbeiter. Den vielen anwesenden Werkstattbeamten aber rief Jesenthal zu, auch sie möchten endlich einsehen, daß sie im Grunde genommen nur bezahlte Lohnarbeiter der Kapitalisten seien, die sich den Löhnen ihrer Arbeitgeber genau so zu fügen haben, wie der einfache Arbeiter. Deshalb wäre es anständiger von ihnen, dem Arbeiter das Leben zu erleichtern, anstatt es diesem den Kapitalisten zu Liebe sauer zu machen. — Unter großem Beifall der Anwesenden fand die Versammlung ihr Ende.

## Deutscher Metallarbeiter-Verband.

### Benachrichtigung.

Bezüglich der in diesem Jahre zu Ende gehenden Mitgliedsbücher ersuchen wir die Bestellungen so zeitig vorzunehmen, daß die Ausfertigung der betreffenden Nummern keinen Aufschub erleidet. Zur Bestimmung der für die zu Ende gehenden Bücher auszufertigenden zweiten Bücher bedarf es der Angabe der Hauptnummer, des Vor- und Zunamens, des Berufes, des Geburtsortes und -Tages sowie des Tages des Eintritts des Inhabers. Diese Angaben sind notwendig, um nach denselben etwaige in der Hauptliste vorhandene Unrichtigkeiten und Mängel aus derselben beseitigen zu können. Die Ausfertigung des Mitgliedsbuches erfolgt durch die Ortsverwaltung und darf ein zweites Buch nur gegen Rückgabe des bisher benutzten Mitgliedsbuches ausgehändigt werden. Die von den Mitgliedern ausgelieferten ausgebrauchten Mitgliedsbücher sind, um Mißbrauch zu verhüten, sofort in Gegenwart ihres bisherigen Besitzers zu vernichten. Zur Erleichterung der Feststellung der Buchnummern, die mit Ablauf dieses Jahres zu erlösen sind, empfiehlt es sich, wenn die Ortsverwaltungen sich alle die im Jahre 1897 zur Ausgabe gelangten Mitgliedsbücher auf eine besondere Liste aus ihrer Mitgliederliste ausziehen und die Eigentümer der betreffenden Buchnummern aufzufordern, sich zur Einsichtnahme in ihr Mitgliedsbuch bei der Ortsverwaltung unter Vorlage des Mitgliedsbuches zu melden.

Wir ersuchen die Mitglieder, den Ortsverwaltungen und Geschäftsführern diese Arbeit der Feststellung möglichst zu erleichtern und bemerken dazu, daß die Ausfertigung von zweiten Mitgliedsbüchern nur innerhalb des ersten Quartals 1903 spätestens erfolgen kann. Nach Ablauf dieser Frist eingehende Anträge auf Ausfertigung von zweiten Büchern können nicht mehr berücksichtigt werden, weil anzunehmen ist, daß die betreffenden Antragsteller über dreizehn Wochen mit ihren Beiträgen im Rückstande und daher gar nicht mehr Mitglieder sind.

Für Bestellungen auf zweite Bücher ersuchen wir stets ein besonderes Blatt Papier zu benutzen.

Hierdurch bringen wir zur allgemeinen Kenntnis, daß die erste 10,000 Stück betragende Auflage des „Metallarbeiter-Monatskalenders 1903“ vollständig vergriffen ist.

Da nun die Nachfrage nach dem Kalender eine äußerst lebhaft ist und zweifellos bei einer Reihe von Verwaltungen Stellen, die entweder noch gar keine oder doch nur wenig Kalender bezogen haben, weitere Bestellungen vorliegen, so beabsichtigt der Vorstand eine zweite Auflage des „Metallarbeiter-Monatskalenders 1903“ herauszugeben. Um die Höhe der zweiten Auflage bestimmen zu können, ist es notwendig, daß die Verwaltungen und Bevollmächtigten die etwa schon bei ihnen eingegangenen Bestellungen sofort, spätestens aber bis zum 15. Dezember ds. Jrs. nach hier mittheilen.

Diesemjenigen Mitglieder aber, die noch keinen Kalender haben und sich einen solchen anschaffen wollen, ersuchen wir, dies der Ortsverwaltung bezw. dem Bevollmächtigten der Verwaltungenstelle ihres Ortes mitzutheilen, damit ihre diesbezüglichen Wünsche berücksichtigt werden können.

Je früher die Bestellungen eingehen, desto rascher kann geliefert werden.

In Gemäßheit des § 4 Abs. 3 des Verbandsstatuts wird den nachstehend angeführten Verwaltungenstellen beziehungsweise Einzelmitgliedern der Hauptkasse die Erhebung eines Extrabeitrages gestattet und dies den in Betracht kommenden Mitgliedern hierdurch zur Kenntnis gebracht mit dem Bemerkten, daß die Nichtbezahlung der Extrabeiträge Entziehung statutarischer Rechte zur Folge haben kann. Der Verwaltungenstelle in Erlangen eine monatliche Extrasteuer von 10 Bfg. pro Mitglied.

Ausgeschlossen aus dem Verbande wird nach § 8 Abs. 7 des Statuts:

Auf Antrag der Verwaltungenstelle in Frankenthal: der Former Heinrich Fierenz, geb. am 2. Januar 1875 zu Bodenfelde, Buch-Nr. 431,183, wegen Verleumdung.

Auf Antrag der Verwaltungenstelle in Güstrow: der Former Heinrich Schriegen, geb. am 27. Okt. 1879 zu Güstrow, Buch-Nr. 480,175, wegen Streichbruch.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Offenburg: der Schlosser Josef Kornmeyer, geb. zu Offenburg am 2. August 1882, Buch-Nr. 482,704, wegen Diebstahls.

Nicht wieder aufgenommen werden darf: Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Berlin: das frühere Mitglied, der Dreher Mag Wilbauer, geb. zu Berlin, wegen unkollegialen Verhalten.

Wegen sie betreffender Anträge auf Ausschluß bzw. Nichtwiederaufnahme wird hierdurch den nachstehend aufgeführten Mitgliedern Gelegenheit zur Rechtfertigung gegen die den Antrag auf Ausschluß begründenden Beschuldigungen gegeben, mit dem Bemerkten, daß sie, sofern sie auf dreimalige Aufforderung an dieser Stelle sich nicht rechtfertigen, aus dem Verband ausgeschlossen werden.

Es wird zur Last gelegt: Dem Schlosser Franz Rieger aus Wasseralfingen, Buch-Nr. 386,972, nach dem von der Verwaltungsstelle in Wittingen gestellten Antrage, Erschwindelung einer Unterstüfung.

Dem Schlosser Heinrich Brenneke, geb. zu Essen am 7. Mai 1866, Buch-Nr. 442,875, nach dem von der Verwaltungsstelle in Heiligenhaus gestellten Antrage, Unterschlagung von Verbandsgeldern betr.

Dem Dreher Karl Schunke, geb. zu Halle am 28. Nov. 1876, Buch-Nr. 309,125, dem Dreher Ludwig Huber, geb. zu Schifferstadt am 18. Dezember 1875, Buch-Nr. 456,760, nach dem von der Verwaltungsstelle in Landsbut gestellten Anträgen, unkollegiales Verhalten betr.

Der Former J. S. Jensen, Buch-Nr. 459,695, wird hierdurch aufgefordert, die von dem Reisegelbauzahler in Köln a. Rhein entnommenen 4 Beitragsmarken zu bezahlen.

Wie für den Verband bestimmten Geldsendungen sind nur an

Cheodor Werner, Stuttgart, Käte-Strasse 16 b zu richten, und ist auf dem Postabschnitt genau zu bemerken, wofür das Geld vereinnahmt ist. Mit kollegialem Gruß Der Verband.

Quittung

Aber die vom 1. bis 30. November 1902 bei der Hauptkassse eingegangenen Verbandsgelder.

- Von Aachen 200 Mk. Altenburg 800. Ave i. S. 120. Baden-Baden 60. Bergedorf 180. Bielefeld 800. Bonn, F. F. 3. Brackwebe 23,57. Brandenburg 600. Braunschweig 500. Bremen 500. Bremerhaven 1000. Breslau, Alenpner 200. Camstatt 550. Cassel 150. Chemnitz 2100. Eßthen 200. Cottbus 100. Grimnitzschau 200. Dessau 200. Döbeln 200. Durlach 400. Düsseldorf 500. Eisenburg 100. Eilpe 41,51. Erfurt, Alenpner 100. Flensburg, Former 406,38. Franzenthal 400. Frankfurt a. M. 1500. Fürstentwalde 200. Fürth 700. Gassen 50. Gevelsberg 150. Glauchau 39,20. Gmünd Schwab. 250. Götting 100. Greiz 150. Hainichen 2. Harburg 250. Heilbronn 100. Heiligenhaus 100. Hirschberg 75. Hohenstein-Ernstthal 119,57. Hühst am Main 150. Jöhrenshausen 868,90. Jöhrlöhr 150. Kaiserlautern 100. Karlstraße, Blechner 135,14. Kiel 800. Koblitz 80. Kuppersteg 50. Leisnig 50. Liegnitz 150. Limbach 60. Linden 800. Lippstadt 62,48. Lübeck 800. Lütz 57,20. Lüdenscheid 300. Magdeburg 2000. Mainz 500. Mannheim 800. Merseburg 100. Milpe 400. Mügeln 200. Mülheim a. Rhein 816,36. München, Former 300. Münster 100. Nossen 23,50. Nürnberg: Feingoldschläger 1100. Hofschner 500. Oberrodan 188. Ohligs 150. Osterholz-Scharmbed 160. Osnabrück 40. Pirna 36,98. Pries 300. Quedlinburg 300. Remscheid, Former 263,36. Rostock 200. Saalfeld 400. Sangerhausen 100. Schmalkalden 100. Schwarzburg 100. Schwelm 150. Stettin 400. Straubing 23,38. Striebig 200. Stuttgart: Allg. 1300, Former 195,94. Tönning 100. Tönnisheide 150. Trieburg 100. Turtlingen 300. Wegeled 500. Welsch 300. Wald 600. Warstein 150. Wilhelmshafen-Bant 200. Weiz 200. Zeulenroda 216,80. Einzelmitglieder der Hauptkassse 380. Ueberwiesen vom übergetretenen Vokalverein Lüdenscheid 550. Zurückbezahlt vom Darlehen Dresden 3000. Zurückbezahlte Schuld von: E. Wacker, Randa, 3. J. Steinberger, Rindelsheim, 43. Für: Notizkalender pro 1902 21,20. Notizkalender pro 1903 1165,90. Protokolle der 5. ordil. Generalversammlung 1205.

Die Verwaltungsstellen, Bevollmächtigten und sonstigen Empfänger von Geldern werden hierdurch dringend gebeten, vorstehende Quittung genau zu prüfen und etwaige Anstände sofort an uns zu berichten. Mit kollegialem Gruß Der Verband.

Korrespondenzen.

Feilenhauer.

Bern. Der Streit der Feilenhauer in Arbon ist mit gutem Erfolg für die Arbeiter beendet.

Former.

Bremen. Ergogen und dressirt auf der Werkmeister-Schule, sich als ein Wesen beiderer Art betrachtend, mit überaus großen Ansprüchen lebend und hochgeprägt mit theoretischen Formeln und verflochtenen Ansprüchen tritt der „Lehrmeister“ mit der Miene der gekränkten Unschuld, welche nicht begreifen kann, daß man ihm solche Arbeiten zuweisen mag, als neugeborener „Borgelichter“ seinen beherrschenden Untergebenen gegenüber. Vor-erst ist er eifrig bemüht, sich bei der Direktion, seinen „Obere“, ins beste Licht zu setzen. Wie ein Himmelsfärner betragt sich der Realist; das All, was die „neuesten Erfindungen“ werden in die Praxis umgesetzt; sollen dieselben auch noch so unzulässig sein, mit welchen Mitteln werden sie hochgehalten, damit das „Zusammen der Obere“ nicht geschwächt wird. Ueberhaupt

zeigt es sich jetzt, daß der „Lehrmeister“ lange gefehlt hat, und es muß als ein Wunder bezeichnet werden, daß es vor seiner Zeit nach der alten Methode auch gegangen ist. Er macht sich unentbehrlich, ohne sein Wissen und Willen in geschicht überhaupt nichts mehr. Ein „Ganz Dampf in allen Gassen“ ist er und findet überall etwas zu bemängeln; seinen eigenherrlichen Willen erhebt er zum obersten Gesetz. Alles hängt von seiner Willkür und Laune ab, welche unberechenbar sind, wie das ganze Herrchen selber. Je nachdem, wie es eben tragt, kann ein solcher von Größenwahn besessener Mensch sein Unwesen lange treiben. Wo eine aufgeregte, geschulte Arbeiter-Schicht genügt, die Arbeitsgelegenheit vorhanden ist, da wird sich die meiste Lobjucht bald legen, wenn erst die Werkstelle ein Laubenschlag geworden ist und der Bruchhaufen sich bemehrt. Wo dagegen kleine, engegezte Verhältnisse, dumpfes, zielloses Dasein die Arbeiterschaft in drückender Abhängigkeit hält, da glänzt der „Lehrmeister“, da steigen die Dividenden, da sinken die Löhne, da laßt sich die Stille eines Friedhofes. Ueber solche und ähnliche Meister wird oft Klage geführt, und auch hier in Bremen müssen wir uns mit dergleichen Individuen herumplagen. Ein Prachiegemplet dieser Klasse befindet sich in der Gießerei der Aktiengesellschaft „Weiser“, und sehen wir uns gezwungen, diesen Herrn etwas mehr in die Öffentlichkeit zu rücken. Der Brave — Weidemann ist sein Name — wird den Berliner Kollegen sicher gut bekannt sein, wenn auch nicht von der besten Seite: Da nun W. ein ganz junger Anfänger ist und noch keinen Umgang mit Leuten gehabt hat, so weiß er infolge dessen auch nicht, wie er die ihm unterstellten Arbeiter behandeln soll und erlaubt sich gegen die Former und Arbeitsleute die wunderbarsten Schmeichelwörter. Namentlich jetzt, wo der Winter angefangen hat und er Former genügend bekommen kann, ist seine erste und beliebteste Anrede: „Wenn Ihnen das nicht gefällt, dann können Sie gehen; ich kann Leute genug bekommen, dann hören Sie eben in acht Tagen auf!“ Und da ist nun so mancher Kollege ohne triftigen Grund aufs Straßengpflaster geworfen worden, ohne Rücksicht auf etwaige Familie. Bei solchen Zuständen müßte man denken, daß die Kollegen auf der Weiser-Werkst. einig dagegen aufstehen würden, da beinahe Alle organisiert sind bis auf einige verlorene Schafe; aber weit gefehlt, überall Angstmeierei, so daß die Former sich kaum getrauen, mit ihren Nebenkollegen über Arbeitsangelegenheiten zu sprechen, um nicht bei ihrem Meister in Ungunst zu gerathen. Deshalb ist es auch nicht so wunderbar, wenn ein Meisterlein wie W. seiner Herrschsucht bei jeder unbedeutenden Gelegenheit die Zügel schreien läßt. Da nun sich Alles seinem Willen fügt, da gelten seine Befehle, und mit Behagen behauptet er den autoritären Standpunkt: „Ich bin der Herr, Dein Gott!“ Selbst wenn seine Anordnungen aller Vernunft bar sind, so verlangt er bedingungslose Ausführung, und wenn er auf Widerspruch oder gar auf Widerstand stößt, ist er gleich mit der Kündigung bei der Hand. Bei solchen Zuständen kann es nicht ausbleiben, daß die Werkstelle zum Laubenschlag wird. Sich wegen derartiger Vorkommnisse an den Arbeiterausschuß zu wenden, ist zwecklos, weil derselbe nur als Dekorationsstück dient. Die Kollegen allerorts werden sich durch diese kleine Etage ein Bild von den hiesigen Verhältnissen machen können.

Metallarbeiter.

S. (Verband). In der „Süddeutschen Waggonfabrik“ hier sich recht sonderbare Zustände eingetreten seit der neuen Besetzung des Betriebsleiter-Postens. Dieser Herr (Wessel ist sein Name) ist aus Königsberg in Ostpreußen hierhergekommen, soll aber dort nur „Techniker“ gewesen sein. Von seinen praktischen Kenntnissen hat er bis jetzt noch nichts verrathen. Er versteht es aber ausgezeichnet, die jetzige flauere Konjunktur dazu zu benutzen, die Affordpreise herunterzudrücken. Wer mit seinen Affordpreisen nicht genügend verdient, dem wird einfach auch der Stundenlohn herabgesetzt. Einem Schmied, der mit seinen Affordpreisen nicht auskam, wurden 8 Pfg. auf einmal von seinem Stundenlohn abgezogen. Einem Anderen wurden 3 Pfg. deswegen abgezogen, weil ihn der Herr Wessel im Verthe von 3 Pfundchen Bier erspähte. Die Affordpreise sind nicht nur mit dem Motiv: „Es muß das nächste Mal billiger werden!“ — Wer dann den Fehls nicht unterzeichnet, kann entlassen werden. Die Preise für den Oberbau sollen schon 5 Mk. geringer sein, wie sie die Süddeutsche Waggonfabrik zahlt. Was hier für ein Durcheinander gemacht wird, geht daraus hervor: Wenn einem Arbeiter 1,50 Mk. vom Stück abgezogen wird und er bedauert sich bei seinem Obermeister, so bekommt er zur Antwort: „Das hat der Herr Betriebsleiter gemacht!“ Geht nun der Arbeiter zu dem Herrn, so entgegnet dieser: „Ich weiß nichts davon, das hat der Meister gemacht!“ Betriebsleiter und Meister reden aber unter einer Decke. Die Arbeiterausschüsse der Fabrik haben schon ihre Geltung verloren, indem ein schon lange angeordnetes Mitglied bislang noch nicht ergänzt wurde. Um auf die fortwährenden Lohnreduzierungen, durch die unter der Arbeiterschaft eine sehr große Gährung entstanden ist, einzugehen, so ist anzuführen: Der Kontrakt, welcher zwischen dem Metallarbeiter-Verband und der Süddeutschen Waggonfabrik vor zwei Jahren festgelegt wurde, ist von Letzterer schon längst gebrochen worden. Kennzeichnend ist eine Anweisung eines Meisters einem Arbeiter gegenüber: „Was kann ich dazu, wenn der Betriebsleiter kein praktisches Verständnis hat!“ Herr Wessel muß man den Rath geben, erst einmal die Sitten- und Lebensverhältnisse der Arbeiterbevölkerung kennen zu lernen, bevor er zu Wagnen schreitet; oder versteht er unter den Reduzierungen die früher angeordnete Reorganisation des Geschäftes? — In der Fabrik gibt es auch Schmarotzer, die so langweilig sind, sich ein-

zubilden, ewig ihre Stelle beibehalten zu können; sie sollten bedenken, daß sie nur als Werkzeug des Kapitals benützt werden. In die Kollegen ergeht der Ruf, sich sämtlich dem Deutschen Metallarbeiter-Verband anzuschließen.

Krefeld. (Warnung an alle Instrumentenmacher ergelien Deutschlands und des Auslands.) Ein feines Mitglied des Unversalvereins der Instrumentenmacher und Wandbagisten ist die Firma Hermann Wöhrn (früher Carl Weis) in Krefeld. Vor Jahren gründeten die Meister obiger Branche einen internationalen Verein zur Wahrung ihres Berufes. Jedes Jahr haben die Herren einen Kongreß, an dem auch meistens Herr Wöhrn sich betheiligt. In der Monatschrift dieses Vereins kann man öfters lesen: Ein tüchtiger Instrumentenmacher der auch auf Orthopädie bewandert, gesucht. Wochenlohn 24—30 Mk. und mehr, je nach Leistung.“ Es melden sich immer Kollegen und jeder Respektant bekommt dann zur Antwort, wenn er tüchtig sei, soll er einen Anfangslohn von 27 Mk. erhalten. Wenn die Betreffenden aber eintreten, bekommt denselben keiner. Was Herr Wöhrn unter tüchtig versteht, ist nicht zu ermitteln. Es kommt nun auch vor, daß sich verheirathete Kollegen melden, resp. eintreten und mit Frau und Kinder nach hier ziehen. Nach 6 oder 8 Wochen können sie dann leider wieder abreisen. Vor 5 Wochen kam ein Kollege aus Essaf, der 5 Tage da war; einer aus Minden in Westfalen war 14 Tage und einer aus Duisburg 4 Wochen da. Ein Kollege aus Graz (Steiermark) war nur 6 1/2 Tage beschäftigt. Mit diesem Kollegen hat M. 5 Wochen lang korrespondirt und den Kollegen fest eingestellt. M. läßt sich, wie es scheint, die Arbeiter recht weit herkommen, damit es ihnen schwer fällt, wieder abzureisen. Denn man muß bedenken, von Graz nach Krefeld für 6 1/2 Tage Reisegeld vergütet M. nicht. Der Kollege G. mußte sich sein Recht am Gewerbegericht suchen. Die meisten Kollegen thun es nicht einmal und da äußerte der Vertreter des Herrn W., der Kollege G. hätte nur Morks gemacht, sodas Kollege G. bei dem nächsten Verhandlungstag durch seine Zeugnisse beweisen müßte, daß er ein tüchtiger Arbeiter war. Wie vor einiger Zeit ein Kollege aus der Schweiz ankam (fest eingestellt), sagte M.: die Stelle wäre besetzt und er brauche keinen mehr für die Werkstelle, wenn er als Ladungshilfe eintreten wolle, so wolle er ihn beschäftigen. Es ist schon für den, der nicht bewandert ist im Laden thätig zu sein, und so fand sich schnell ein Grund, um ihn los zu werden. Der Betreffende war 4 Tage da. Kommt M. in die Werkstelle, so fängt er an zu schreien: „Nun, ist das noch nicht fertig? Was mache ich in einer halben Stunde,“ usw. Trotzdem wir noch mehr Material haben, wollen wir es heute damit genug sein lassen, die Kollegen sind ja gewarnt.

Mürnberg. Am Sonntag, den 30. November, fand eine allgemeine Versammlung der Schleifer und Polirer der Premier-Fahrradwerke statt. Die Tagesordnung lautete: „Die Affordreduktionen und die Mißstände in den Premier-Fahrradwerken.“ Der Referent Kollege Gassel führte aus: Seit drei Jahren haben wir eine ungünstige Geschäftskonjunktur zu verzeichnen. Klagen über schlechte Behandlung, Lohn- und Affordreduktionen sind an der Tagesordnung. Die Kollegen haben allerdings auch viel Schuld, daß die Kapitalisten in der rücksichtslosen Weise vorgehen. Wenn man in der guten Geschäftskonjunktur an sie heran trat mit der Mahnung, der Organisation beizutreten, predigte man tauden Ohren. Nebenher verließ nun 13 Affordträge, die ganz bedeutend reduziert wurden. Einem Arbeiter, der Arbeit verlangte, wurden Ohrfeigen angeboten. Die Wahrscheinlichkeit ist im Freien, für 100 Mann sind zwei Gefäße vorhanden. Das Trinkwasser ist sehr schlecht; geht die Pumpe nicht, so ist überhaupt kein Wasser zu haben. Ausrunder haben die Polirer nicht an ihren Ständern, so daß sie mit der Hand oder einem Stück Holz die schnell laufenden Riemen hin- und herdrücken müssen. Es wird von den Arbeitern geklagt, es sei kein Arbeiterauschuß vorhanden. Redner tritt aus früherer Zeit, daß in den Premier-Fahrradwerken die Arbeitervertreter zur Betriebskassenkasse geheim gewählt und dann von der Direktion als Arbeiterauschuß angesehen wurden und eventuelle Vorfälle mit der Direktion regeln. Das entspricht dem § 134h Abs. 1 der Gewerbeordnung. Sollten diese Betriebskassenvertreter nicht mehr geheim gewählt, sondern von der Direktion einfach vorgeschlagen und als gewählt betrachtet werden, so können sie nicht als Arbeiterauschuß angesehen werden. In letzter Zeit ereignete sich in den Premier-Fahrradwerken auch ein größeres Unglück, was nach Lage der dortigen Verhältnisse nicht Wunder nehmen kann. So soll die Beleuchtung in der Schmiede eine gänzlich unzureichende sein. Die Schmiede bildet ein Quadrat von 6 bis 7 Meter. Darin sind drei große Pressen, ein Fallhammer und zwei große Feuerungen aufgestellt; zugleich bildet die Schmiede den Hauptdurchgang zur Schlosserei. Diese Werkstätte ist nun mit einer Nagenlampe beleuchtet. Zudem befindet sich die Nagenlampe direkt vor dem Fallhammer und einer Feuerung. Hinter dem Fallhammer und der Feuerung befinden sich zwei Pressen. An jene Presse, an welcher der Unglücksfall sich ereignete, dringt nicht ein Lichtschimmer. In dieser Finsternis muß gearbeitet werden — kein Wunder, wenn Unglücke vorkommen. Eine große Schlamperherrschte ja immer in den Premier-Fahrradwerken. Der Verdienst der Aktionäre ist nicht so schlecht, das verrathen die Berichte an ihre Generalversammlungen. Darüber klagt man in den Zeitungen: „Wie wir erfahren, haben die Premierwerke (The Premier Cycle Co. Ltd.) Nürnberg-Dos und Eger (Böhmen) ein äußerst lebhaftes Geschäftsjahr hinter sich. Im Frühjahr zeigte sich plötzlich ein großer Bedarf, auf welchen die Werke nicht vorbereitet hatten, so daß im April und Mai der Nachfrage überraschend nicht ganz genügt werden konnte. Trotz der äußerst gedrückten Preise schließen deshalb diese Werke nach den üblichen reichlichen Abschreibungen mit einem guten Nutzen ab. Die Ausichten für das nächste Ge-

schäftsjahr sind sehr günstige, da die bis jetzt gemachten Umsätze einen noch höheren Umsatz als dieses Jahr erwarten lassen.“ Wie angenehm mag das den Aktionären in den Ohren klingen. Der Bericht sagt nichts von Verlusten des Geschäftes, sondern von gutem Nutzen. Wohl, um die Umsätze auf höhere Profit noch zu steigern, werden exorbitante Reduktionen der Arbeitslöhne vorgenommen. Wenn nun mancher Kollege fragt: Hat denn die Organisation nicht die verdammte Pflicht, dagegen einzuschreiten, so ist darauf zu erwidern: Gewiß, die Leiter unserer Allgemeinen Vertrauensstelle haben ihre Pflicht getan. In aufrichtigster Form wurde die Betriebsleitung auf ihr inhumanes, die Arbeiter schädigendes Vorgehen aufmerksam gemacht und der Vorschlag unterbreitet, mit einem Vertreter der Organisation zu unterhandeln. Die Antwort auf diesen Brief blieb aus, man würdigte die Organisation keiner Antwort. Redner macht den Vorschlag, den Fabrikinspektor von den Wählenden zu unterrichten; weiter, der Metallarbeiterzeitung einen umfassenden Bericht über die Wählenden und Auforderungen zur Veröffentlichung zugehen zu lassen, denn die Fahrradinteressenten lesen sehr fleißig dieses Organ, weil die Behandlung der Arbeiter und die ihnen bezahlten Löhne sehr wohl als Gradmesser für die Güte des Produkts solcher Werte dienen.

Offenbach a. M. Am 9. August traten die Schlosser, Dreher, Hobler, Schmiede und Rohrer der Metallgesellschaft für Schiffsbauerei und Maschinenbau in den Ausschuss, weil ihnen das Akkordsystem aufgezwungen werden sollte. Auf Verhandlungen, die angebahnt wurden, ließ sich die Direktion nicht ein, sondern erklärte, daß die Einführung des Akkords für sie beschlossene Sache sei und dies auch durchgeführt werde, möge kommen, was da wolle. Von den circa 60 in der Abteilung für Maschinenbau beschäftigten Arbeitern legten nach vorausgegangener Kündigung am 9. August die Arbeit nieder. Alle Anzeichen bei Ausbruch des Streiks deuteten darauf hin, daß die Firma bald nachgeben müsse, da das Material von Arbeitskräften, das sich ihr zur Verfügung stellte, fast durchgängig minderwertig war. Aber trotzdem ließ sich die Firma nicht zum Nachgeben bewegen, was auch an und für sich erklärlich sein mag — hatte doch einer der Herren Direktoren bei Berufung auf seinen guten Namen erklärt, daß er keinen Finger breit zurückweichen werde. Der Kampf wurde von beiden Seiten sehr hartnäckig geführt. Trotz schwarzer Wägen und allen möglichen Machinationen gelang es uns im Laufe von 12 Wochen, 85 der Ausschüssigen in Offenbach und Frankfurt unterzubringen. In der 12. Woche erfuhr wir, daß die schwarzen Listen, welche zirkulierten, abhiefen und die Firma beabsichtigte, die Liste auf 10 weitere Wochen zu erneuern, falls nicht eine Beendigung des Streiks herbeigeführt werde. Da Aussicht auf irgend welchen Erfolg in der Sache nicht mehr vorhanden war, entschlossen sich die Streikenden, den Streit aufzugeben. Eine Kommission der beteiligten Organisationen wurde am 1. November bei der Direktion vorstellig und wurde beauftragt, daß die Firma sofort ihren Vorstand benachrichtige, von der Erneuerung der Liste abzusehen, daß andererseits die Streikenden einbezogen würden und die Firma den Streikenden bei anderen Firmen im Falle der Einstellung keine Schwierigkeiten mehr mache. Von der Direktion wurde bei dieser Unterredung offen zugestanden, daß sie in mehreren Fällen andere Firmen, welche Streikende eingestellt hatten, benachrichtigt hätte, dieselben sofort wieder zu entlassen. Zu gleicher Zeit wurde den Kommissionsmitgliedern gegenüber aber auch kein Hehl daraus gemacht, daß die Firma ganz gewaltig Schaden gelitten hat bei dem Experiment, die Arbeiter mit Machtmitteln unter ihren Willen zu bringen. — 12 Wochen hat der Streik gedauert. Von 48 Ausschüssigen sind nur zwei nach längerem Mitstreifen wieder in den Betrieb hineingegangen. Die Verheiligten haben den Beweis erbracht, daß die Forderung nach ihrem vorhergehenden Stundenlohn nicht einer unwahrscheinlichen Idee entsprang, sondern daß es ihnen damit heiliger Ernst war. Sie sind unterlegen in diesem Kampfe, der mit ungleichen Mitteln geführt wurde, aber nicht besiegt. Ungleich waren die Kampfmittel, da die Firmenabscheer über genügende Geldmittel verfügen, um der Sache eine Weile zusehen zu können. Die wirtschaftlich traurige Lage und die übergrößen Arbeitslosigkeit machte es ihr aber auch möglich, so viel Arbeitsmitteln zu erhalten, daß die notwendigen Arbeiten, freilich nur langsam, ausgeführt wurden. Jetzt, nach Beendigung des Streiks, erfahren wir aber auch die Wahrheit des Sprichwortes: „Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan.“ Eine ganze Reihe der Arbeitswilligen sind zur Entlassung gekommen, nachdem sie der Firma so großartige Hilfe geleistet, nachdem sie ihren Arbeitskollegen in den Rücken gefallen sind, dieselben verhöhnt und beschimpft haben. Einige haben sogar ihr Recht vor dem Gewerbegericht suchen müssen, was wohl zur Genüge die Unpatrie der Firma kennzeichnet. Wohl wie noch Wenige, so hat gerade dieser Streik gezeigt, daß es dem Unternehmern nur darauf ankommt, der Macht zum Sieg zu helfen, die Arbeiterschaft vollständig zu unterjochen und den Herrn im eigenen Hause herauszuschleichen, dessen Willen sich Alles unterwerfen muß. Wir haben daraus zu lernen, daß unsere Organisation sich immer fester schließen muß, dergestalt, daß sich überhaupt Leute nicht mehr finden lassen, die dem Unternehmer in solcher Zeit zu Hilfe eilen.

Regensburg. Nahe ist sich, denken sich jetzt die Mitglieder des christlichen Metallarbeiter-Verbandes, nachdem sie eine Niederlage bei den Vertreterwahlen zur Ortsamtenklasse II (Metallarbeiter) erlitten haben. Sie greifen jetzt zu allerhand albernem und unaufrichtem Mitteln, um die Wahl zu annullieren. Als jedoch vor ca. 1 1/2 Jahren diese Klasse gegründet wurde, hielt es der christliche Arbeiterverband, trotzdem er eine Zahl von Metallarbeitern unter sich hatte, für unmöglich, sich bei der Arbeit zu betätigen und überließ die ganze Arbeit unseren Kollegen von D. R. A. M. Nachdem nun die Arbeit getan ist und die Klasse auch floriert, kamen die schwarzen Männlein daher und wollten in der Klasse scheitern und wollten und had. was geschaffen ist, vielleicht in kurzer

Zeit wieder zerstören. Dies kann man am Besten daraus ersehen, daß sie Leute als Vertreter aufstellen, welche schon in total betrübtem Zustande an den Schalter der Klasse kamen, um Krankengeld zu erheben, die alsdann vom Vorstehenden zurückgewiesen werden mußten, um die Frau zu holen, die dann das Krankengeld in Empfang nahm. Und da mußte man uns zu, solchen Leuten immer Vertrauen zu schenken!! Auch müssen die aufgestellten Herren Vertreter einen Mann zur Wahl annehmen, der Madam schlägt, aber der Klasse gar nicht angehört, angeblich deshalb, weil die Vertreter, die vom christlichen Metallarbeiterverband aufgestellt sind, nicht sprechen können. Besser wäre es, solche Leute würden sich mit solchen Dingen, die für sie böhmische Dörfer sind, überhaupt nicht befassen. Und da schreibt man uns in ihrer Lokalpresse Dinge in die Schuhe (natürlich, da man weiß, daß wir in loco nicht entsprechend darauf reagieren können), die sie selbst nicht glauben und die entweder auf Unwissenheit des jetzigen Vorstandes, des Herrn Mittermeier, oder auf böswilliger Absicht beruhen. Dieser Herr spricht da von Terrorismus freier Gewerkschaften gegen christlich organisierte Arbeiter, ohne daran zu denken, daß er die freien Gewerkschaften terrorisieren will. So wurde denn auch 8 Tage nach der Wahl erst eine öffentliche, aber Tags zuvor eine Mitgliedsversammlung einberufen. Diese Schiebung hatte man wohl gemacht, weil zwei Tage vorher ein Gegenartikel im „Regensburger Anzeiger“ erschien und deshalb die Sache mit der öffentlichen Versammlung nicht mehr recht ratsam war. In dieser Versammlung hielt dann nicht, wie wir erwarteten, ein Mitglied der Ortsamtenklasse das Referat, sondern Herr Mittermeier, trotzdem er Eisenbahner ist. Gleich bei Eröffnung betonte er, daß die anwesenden Gegner (Gegner ist ihm natürlich Alles, was nicht in seinem Verstande ist) wohl der Versammlung beizuhören könnten, aber das Wort könne er unter allen Umständen keinem erteilen, da sie Wichtigeres zu thun hätten, als sich mit uns herumzusträuben. Auf diesem Standpunkt blieb er auch stehen. Der Einbild, den die Versammlung gewährte, war ein trauriger; es herrschte eine große Unwissenheit. Trotzdem wurde bei der Abstimmung beschlossen, Protest gegen die Vertreterwahlen beim Magistrat zu erheben, obwohl unter den ca. 35 anwesenden Männlein kaum die Hälfte Mitglieder der Klasse sind und vom Vorstehenden der Klasse darauf hingewiesen wurde, daß die vorgeführten Gründe nicht stichhaltig seien. Aber der Hauptzweck war erreicht, auf den Vorstehenden und die Vorstandskasse der Klasse war tüchtig geschimpft worden, das war die Hauptsache. Hier konnte man wirklich sagen: „Das ist der Unverstand der Massen, den nur des Scheißes Schwert durchbricht.“ Die Kollegen hierorts seien darauf aufmerksam gemacht, daß, wenn sie eine Protestliste zur Hand bekommen, sie dieselbe von sich weisen. Ferner fordern wir die Kollegen auf, tüchtig für unseren Werkbund zu agitieren, um die Herren vom christlichen Metallarbeiterverband in der Hochburg des Merkantilismus nicht zu mächtig werden zu lassen.

### K u n d s c h a n.

Ein eigenartiges Weihnachtsgeheimnis ist den circa 250 Arbeitern und Angestellten der Fabrik für Bauteilmaschinen u. s. w. E. Leins u. Cie. in Stuttgart zugebracht worden. Den Arbeitern wurde nämlich bei der letzten Lohnzahlung mitgeteilt, daß Lohnkürzungen bis zu 3 Pfg. pro Stunde vorgenommen werden sollen. Damit jedoch die Arbeiter nicht den Vorwurf einseitiger Behandlung erheben können, ist die Firma demokratisch genug, auch die Gehälter der Meister und sonstigen Angestellten bis zu 20 Mk. pro Monat kürzen zu wollen. Da nur ein kleiner Teil der Kollegen organisiert ist, werden sich die Arbeiter bei der gegenwärtigen Arbeitslosigkeit diesen Kürzungen mit der Faust in der Tasche gefallen lassen müssen.

Gewerksverein und Freiheit. Ueber dieses Thema schreibt „G. L.“ im „Gewerksvereinsboten“: Wenn man im Allgemeinen als Reformist mit der Tendenz des „Gewerksvereinsboten“ zurechen sein kann, so irrt dies im Besonderen auch mit der Stellungnahme des „G. L.“ in Bezug auf die freimüthige Partei voll und ganz zu. Leider stehen ja die deutschen Gewerksvereine weit und breit in Geruch, ein Anhängel der freimüthigen Partei zu sein. Kürzlich las man diesbezüglich jedoch im „G. L.“, daß eine große Anzahl Gewerksvereine, hauptsächlich auch im Rheinland, es geradezu als Befehdung auffassen müßten, wenn man sie als dieser Partei zugehörig betrachte. Diese Behauptung des „G. L.“ kann selbstverständlich auch aus anderen Gründen bestritten werden, wenn auch zugegeben sein mag, daß es trotzdem unter den Gewerksvereinsmitgliedern noch solche gibt, welche der freimüthigen Partei durch Duld und Dumm Gefolgschaft leisten und derselben dadurch in Arbeiterkreisen noch zu einiger Anhängerchaft verhelfen. Bedenkt man denn diese Partei überhaupt noch, von Arbeitern unterstützt zu werden? Ich glaube, bei objektiver Prüfung des Verhaltens dieser Partei, sowohl im Parlament, wie auch sonst im öffentlichen Leben, kann die Antwort nicht schwer fallen. — Scheitert uns z. B. die Stellungnahme derer um Eugen Richter bei den jetzigen Volksdebatten im Reichstage etwas genauer an. Wenn Eugen Richter bei seinen Ausführungen sich des ungetheilten Beifalles der Reichstagsmehrheit erfreuen kann, dann ist wohl ein weiterer Dokumentar überflüssig. — Wo in den Stadtverordnetenräthen u. s. w. der Freiheit die Mehrheit hat, kann auch meistens von einer Arbeitervereinslichkeit keine Rede sein. Für alle möglichen Dinge sind die Herren zu haben, nur bei sozialistischen Forderungen heftet es manchmal ganz gewaltig. — Und wie sieht es dann bei uns, wo uns die unermüdeten Liberalen als Arbeitgeber gegenüberstehen. Trifft man mit Forderungen, mögen dieselben auch noch so berechtigt sein, an diese Herren heran, so unterbreiten sich diese Liberalen in nichts von den anderen Parteien angeführten Prolegomenen, dann preisen die Herren auf die Gewerksvereinszugehörigkeit der Arbeiter, dann sind eben

die Arbeiter einfach — begehrliche Sozialdemokraten. — An Duzenden von Beispielen könnte diese „Arbeitervereinslichkeit“ bewiesen werden. Wirklich liberale Arbeitgeber sind eben „weiche Kaben“.

Schweiz. Wir können von einigen Erfolgen berichten. Die Feilenhauer in Arbon haben ihren Streik siegreich beendet. Am 1. Dezember wurde die Arbeit auf genommen. In dem Arbeitsvertrag ist nun die zehn stündige Arbeitszeit festgesetzt (bis jetzt wurde 10 1/2 Stunden gearbeitet), ein Stundenlohn von 23 Cts. wird ausbezahlt, im Akkord soll dieser Lohn ebenfalls verbüßt werden, kein Beschäftigter darf gemagtregelt werden. Für Ueberzeitarbeit wird 26 Proz., für Sonntagsarbeit 50 Prozent Zuschlag bezahlt. Die Entlassungen bei allfälligen Arbeitsmangel sollen so stattfinden, daß vorerst die Lebigen, sodann die zuletzt eingestellten Arbeiter entlassen werden. Dieser schöne Erfolg ist dem einmüthigen Zusammenstreben der Arbeiter zu verdanken, die alle organisiert waren. Unorganisierte Arbeiter können keinen Kampf führen, ihnen wird auf noch so berechnete Wege nicht entprochen; weder auf friedlichen Wege noch bei Streiks macht man ihnen Zugeständnisse, denn der Unternehmer weiß, daß sie keinen Krieg führen können. Gerade in der Feilenhauerei wären noch viele Mißstände zu beseitigen. In keinem anderen Berufe hat die Maschine die Arbeitsbedingungen so beeinflusst, wie gerade hier. Der gelernte Handarbeiter ist bald eine Selbstheit, er wird verdrängt von der Maschine, und die an den Maschinen Arbeitenden werden mit kleinen Löhnen abgepeißt, denn sie sind leichter zu ersetzen.

Auch die Genfer Spengler erzielten einen Erfolg durch Einführung einer Werkstätt- und Arbeitsordnung. Die Probezeit dauert 14 Tage, während welcher der Arbeiter per Stunde bezahlt wird. Für Hauspenger ist die Probezeit 8 Tage. Die tägliche Arbeitszeit beträgt 10 Stunden mit Unterbrechung von 1 1/2 Stunden Mittags. Für Banarbeit kann sie im Winter auf 9 Stunden reduziert werden. Der normale Stundenlohn beträgt 55 Cts. für Werkstattarbeit, 58 Cts. für Bauarbeit. Sonntagsarbeit und Nacharbeit zwischen 8 Uhr Abends bis 8 Uhr Morgens ist doppelt bezahlt, das Abräumen von Schnee ab den Dächern mit 50 Proz. Zuschlag. Für die Akkordarbeit wird ein Tarif zwischen Meister und den Arbeitern vereinbart, der in der Werkstatt angeschlagen sein muß. Auf Bau wird keine Akkordarbeit gemacht. Der Arbeiter kann nicht zu willkürlichem Wechseln von der Arbeit angehalten werden, außer im Falle von höherer Gewalt. Die Kündigungsfrist beträgt 14 Tage für Werkstattarbeiter, für Hauspenger wenigstens 8 Tage. Militärdienst bildet keinen Grund zur Kündigung. Der Lohn wird alle 14 Tage an einem Freitag ausbezahlt, ohne Zinseszinszahlung eines Decimales. Am Freitag, der nicht Zahlungstag ist, hat der Arbeiter das Recht, Vorschlagszahlung zu verlangen. — Weiter sind für Bauarbeiter noch folgende Bestimmungen aufgestellt: Die Zeit von der Werkstätt zum Arbeitsplatz wird als Arbeitszeit berechnet. Wenn der Arbeiter gezwungen ist, Mittags außerhalb zu essen, so erhält er 1 Fr. 20 Cts. Entschädigung. Reise- und Verpflegungskosten hat der Meister zu bezahlen, dieselben können vor jedem Deplacement zwischen Meister und Arbeiter vereinbart werden. Findet jedoch eine vorherige Verständigung nicht statt, so muß 3 Fr. per Tag bezahlt werden. — Das sind die hauptsächlichsten Bestimmungen des Reglements. Es tritt am 1. Januar 1903 in Kraft und dauert 5 Jahre, kann nachher je am 30. Juni auf 6 Monate gekündigt werden. Die fünfjährige Dauer dieser Abmachungen ist freilich zu bedauern; ferner ist es ein Fehler, daß die Unfallversicherung nicht darin angesprochen ist. Daß die Arbeitszeit nicht unter 10 Stunden festgesetzt werde, war wohl zu erwarten. Die Arbeiterdelegation des Gewerbegerichts, das als Einigungs-Kommission fungierte, stimmten leider in einigen Punkten mit den Meistern.

### L i t t e r a t u r.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Dieß Verlag) ist fueden das 9. Heft des 21. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Der Fall Krupp. — Zum Ausbau unserer Organisation. Von Wilhelm Dittmann. — Vom Partikularismus in den Vereinigten Staaten. Von Edward Deutz. — Ueber die Anfänge der Lehre vom Klassenkampf. Von Georg Plechanow I. — Die höhere Gewalt als Gefahrenquelle in technischen Betrieben. Von J. Geraman.

Flächberechnungen (Planimetrie), Körperberechnungen (Stereometrie), Gewichtsberechnungen im Maschinenbau. Bearbeitet von Otto Köpman, Maschinen-Ingenieur und Fachlehrer in Dresden-Trachau. Im Verlage des Verfassers. — Mit Lehrbüchern, aus denen der Arbeiter die so wichtigen grundlegenden Hilfswissenschaften der Technik entnehmen kann, ist der Büchermarkt sehr wenig bedacht. Bei den vorhandenen Büchern ist der Gegenstand viel zu sehr von der „gelehrten“ Seite aus betrachtet und behandelt, sie sind gewöhnlich Bücher, für den Schulgebrauch geschrieben und infolgedessen ist der Hauptwerth auf das eingehende Besprechen des Stoffes, auf die Entzifferung der Formeln, sowie auf das Bemühen der aufgestellten Behauptungen gelegt, wodurch die Bücher für den Praktiker mehr oder weniger werthlos werden, da ihm die Anwendung auf die Praxis mehr nützen. Auch werden in den meisten Fällen zu viel Fremdwörter angewendet, welche den Geist des Lernenden ermüden und ihm die Lust am Lernen nehmen.

Demgegenüber ist im vorliegenden Buch Alles in einfachster Form gekleidet, damit der vorwärts Strebende, der rascher angebannt ist, mit Reichthum den Stoff am Abend noch bearbeiten kann und nicht erst am Morgen Wörterbüchern sich einen Theil noch zu wechsen braucht. Außer dem Lehrgang sind 95 einfache Formeln und 100 ausgerechnete praktische Beispiele in dem Buche enthalten, wodurch sofort der Beweis der Richtigkeit der Behauptungen

sehen und Praktischen zugleich gezeigt ist. Ferner sind noch 18 Tabellen beigegeben, welche das am meisten Gebrauchte, wie Inhalte der gebräuchlichsten Flächen und Körper, Gewichte von Blechen, Platten, Kugeln und allen Eisenarten ausgerechnet enthalten.

Wegen seiner handlichen Form kann es jeder Schlosser und sonstige Metallarbeiter täglich bequem bei sich führen; im Verhältnis zum Herstellungspreise dürfte für den äußerst billig gestellten Preis von 1 Mk. 50 Pfg. viel geboten sein.

Almanach des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes für das Jahr 1903. 4. Jahrgang. Was für unseren Verband der Metallarbeiter-Mitglieder, ist für die Holzarbeiter dieser Almanach Inhalt und Ausstattung verdienen das Prädikat: Sehr gut.

Arbeiter-Mitglieder 1903. Verlag der Buchhandlung Bonowits, Berlin. Preis 60 Pfg.

Maschinenbau- und Metallarbeiter-Kalender 1903. Verlag von Carl Patach, Berlin S. Preis 1,20 Mk.

Im Verlage von Gerhard Rühmann in Dresden ist erschienen: Kalender für Betriebsleitung und praktischen Maschinenbau 1903. (Redaktion Hugo Hübner.) 11. Jahrgang. 2 Teile. In Leinwandband Mk. 3.—, in Briefstaschenband Mk. 5.—.

Deutscher Schlosser- und Schmiedekalender 1903. (Redaktion Alf. Schubert.) 22. Jahrgang. In Leinwandband Mk. 2.—, in Briefstaschenband Mk. 4.—. Diese Jahreländer sind wie in früheren Jahren vortrefflich ausgestattet und können aufs Beste empfohlen werden.

Lipinski, Das Recht im gewerblichen Arbeitsverhältnis. Heft 3 und 4. Verlag von Rich. Lipinski, Leipzig, Langestraße 27. Die beiden Hefte legen weiter das Arbeitsverhältnis dar und enthalten folgende Abschnitte: Gewarbeitsvertrag; Arbeitsvertrag; Arbeitsvertrag oder Werkvertrag; Antritt der Arbeit; Wo ist die Arbeit zu leisten; Wer hat die Arbeit zu leisten; Nichterfüllung in die Arbeit; Demerendes Arbeitsverhältnis; Einstellung auf Probe; Welche Arbeit ist zu leisten; Vorübergehende Veränderung der Arbeit; Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse; Pflege bei Erkrankung; Schutz für Leben und Gesundheit und Schadensersatzansprüche. Preis des Heftes 10 Pfg.

Briefkasten.

H. J., Saalfeld. Wenden Sie sich an Aug. Boh. Diebichenstein-Galle a. S.

Verbands-Anzeigen.

Mitglieder-Versammlungen.

In jeder Versammlung finden Aufnahmen statt und werden Beiträge entgegen genommen.

Altenburg. Samstag, den 13. Dezbr., Abends 8 Uhr, im „Lidoli“. Neuwahl der Ortsverwaltung. Anträge.

Aischersleben. Sonnabend, den 13. Dezbr., Abends halb 9 Uhr, im Schräbers Lokal vor dem Wasserthor. Wahl der Ortsverwaltung.

Baden-Baden. Samstag, den 20. Dezbr., Abends halb 9 Uhr, im Bratunfsglöckle, Steinstraße.

Barmen. Samstag, den 20. Dezbr., Abends punkt halb 9 Uhr, bei Thiel, Parlamentstraße 5, Barmen.

Barmen-Gilberfeld. (Klempner u. Installateure). Sonntag, den 21. Dez., Vorm. halb 11 Uhr, bei Thiel, Barmen, Parlamentstraße 5.

Berlin. Sonntag, den 14. Dezember, Vormittags 10 Uhr, Kohrleger im Gewerkschaftshaus, Saal 4. — Sonntag, den 14. Dezember, Vormittags 10 Uhr, Morgenprache der Silberpolierer im Gewerkschaftshaus, Saal 2. — Sonntag, den 13. Dezbr., Vormittags 10 Uhr, Feilenarbeiter bei Sachs, Lindowstraße 16. — Sonntag, den 14. Dezbr., Vormittags 10 Uhr, Morgenprache der Schraubenmacher bei Wegel, Brangelstraße 136. — Montag, den 15. Dezbr., Abends halb 9 Uhr, für Nummernburg bei Lindner, Dittschmidtstraße 37.

Berlin. Konferenzen der Vertrauensleute. Sonnabend, den 13. Dezember, Abends halb 9 Uhr, für den Norden bei Diete, Adlerstraße 123. — Mittwoch, den 17. Dezember, Abends halb 9 Uhr, für den Süden im Gewerkschaftshaus, Engelsufer 15.

Breslau. Sonnabend, den 20. Dezbr., Abends 8 Uhr, Steinstraße 2-4.

Bielefeld. Sonntag, den 14. Dezbr., Vormittags 10 Uhr, twainierte Versammlung bei A. Jandies, Bürgerweg 14.

Bielefeld. (Klempner.) Sonntag, den 27. Dezbr., Abends 7 Uhr, bei A. Jandies, Bürgerweg 14.

Böhlmann. Sonntag, den 21. Dezember, Vormittags 11 Uhr, bei Wirtz Reinecke, Moon-Marienstraße-66. Vortrag: Wie erlangen wir bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse im hiesigen Klempnergewerbe.

Bonn. Samstag, den 13. Dezbr., Abends 9 Uhr, bei Fassbender, Karmenstraße.

Braunschweig. (Allg.) Sonnabend, den 13. Dez., Abends halb 9 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Berder 32.

Bremen. Sonnabend, den 20. Dezbr., Abends halb 9 Uhr, im Vereinshaus, Hauptstraße 21/22.

Bunzlau i. Schl. Sonnabend, den 20. Dezbr., Abends 8 Uhr, im Gasthaus zu den drei Frauen.

Cannstatt. (Schmiede.) Samstag, den 13. Dezember, Abends 8 Uhr, in der Gasse, Marktstraße. Tätigkeits-, Rufen- und Revolutionsbericht. Wahl der Verwaltung.

Criemitzhausen. Sonnabend, den 20. Dezbr., Abends halb 9 Uhr, in Ahner's Restaurant, Johannisgasse.

Darmstadt. Samstag, den 20. Dezbr., Abends punkt 9 Uhr, in der Restauration Fischer, Dieburgerstr. 18.

Dortmund. (Klempner.) Samstag, den 20. Dez., Abends halb 9 Uhr, bei Mühlhausen, I. Hauptstr. 73.

Dresden. Samstag, den 20. Dez., Abends halb 9 Uhr, im Alten Feil. Neuwahl der Ortsverwaltung.

Düsseldorf. (Allg.) Samstag, den 20. Dezbr., Abends halb 9 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Bergerstr. 2.

Elbing. (Former.) Sonnabend, den 20. Dezbr., Abends halb 9 Uhr, im Gewerkschaftshaus.

Eintriedel. Sonnabend, den 20. Dezember, im Gasthaus Kaiserhof.

Essen-Altenhof. Samstag, 20. Dezbr., Abends 8 Uhr, bei Hartmann.

Feuerbach. Samstag, den 20. Dezbr., Abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus.

Frankenthal. Sonntag, den 14. Dezember, Nachmittags 3 Uhr, bei Margand, Welschgasse 33. Jahrestätigkeit der Ortsverwaltung. Neuwahl. Lokalfrage.

Frankfurt a. M.-Sachsenheim. Samstag, 20. Dezbr., Abends halb 9 Uhr, im Gewerkschaftshaus. — Für den Bezirk Oberrad Montag, den 22. Dez., Abends halb 9 Uhr, im „Laurus“, Offenbacherlandstraße 246 in Oberrad.

Freiburg i. S. Samstag, den 20. Dez., Abends 8 Uhr, bei Schwanke.

Gebweiler. Samstag, den 13. Dezbr., Abends 8 Uhr, bei Weid, Lachgasse.

Gewolsberg. (Allg.) Sonntag, den 21. Dez., Nachmittags halb 5 Uhr, bei R. Hatenberg.

Gießen. Sonntag, den 14. Dezbr., Nachmittags 3 Uhr, bei Orbig, Rittergasse 17. Vortrag von Wetters. Geschäftsbericht. Neuwahl der Ortsverwaltung.

Glandau. Nächsten Sonnabend 9 Uhr halben im Weihen Hof.

Görlitz. Montag, den 22. Dez., Abends 8 Uhr, im „Felsenkeller“, Sonnenstr. 5/1. Neuwahl der Gesamtortsverwaltung. Geschäftliches.

Greiz. Sonntag, den 14. Dezember, Nachmittags halb 4 Uhr, im „Scharfen Eck“.

Halberstadt. Sonnabend, den 20. Dez., Abends 8 Uhr, bei Mag. Bollmann, Vatenstraße 63.

Hamburg. (Klempner.) Sonnabend, den 20. Dez., Abends halb 9 Uhr, bei F. Koppe, Langestr. 25.

Hilbronn. Samstag, 20. Dez., Abends halb 9 Uhr, in der „Rose“.

Hoslach. Samstag, 20. Dezember, Abends 8 Uhr, im Restaurant „Niple“.

Karlsruhe. (Allg.) Samstag, den 20. Dezember, Abends halb 9 Uhr, im goldenen Adler, Karlsruherstr. 12. Vortrag von Dr. Paul Wombert.

Kassel. Sonnabend, den 20. Dez., Abends halb 9 Uhr, im Lokale Buchbach, Schiefergasse 33.

Kiel. Sonntag, den 21. Dezbr., Vormittags halb 10 Uhr, im Englischen Garten gemeinschaftliche Versammlung. Ortsstatut. Neuwahl der Ortsverwaltung.

Kiel. (Klempner.) Dienstag, den 16. Dezbr., Abends halb 9 Uhr, im Englischen Garten.

Köln-Lindenthal. Sonntag, den 14. Dez., Vormittags 10 Uhr, bei Franz Wiegels, Dürerstraße 244. Neuwahl der Ortsverwaltung.

Kottbus. Samstag, den 13. Dezbr., im Lokal des Herrn West, Schloßstraße 12. Neuwahl der Ortsverwaltung.

Lechhausen. Samstag, den 20. Dezbr., Abends 8 Uhr, im Frühlingsgarten.

Liegnitz. Sonnabend, den 20. Dez., im Gasthof zum Preussischen Hof. Wahl der gesamten Ortsverwaltung.

Löwen i. S. Sonnabend, den 20. Dez., Abends 8 Uhr, in Epperleins Restaurant.

Ludewalde. Montag, den 15. Dez., Abends 8 Uhr, bei Otto Schulze, Beeckerstraße 34.

Ludwigshafen. Samstag, den 20. Dezember, im Englischen Garten.

Ludwigshafen a. Rh. Samstag, den 20. Dez., Abends halb 9 Uhr, im Mittelbacher Hof, Ecke Jäger- und Metzstr.

Mainz. Samstag, den 20. Dez., Abends halb 9 Uhr, bei Wehnermann, Pfaffengasse.

Merseburg a. S. Sonntag, den 21. Dezbr., Vormittags 10 Uhr, in der „Jungenburg“.

Muselwitz F. A. Sonnabend, den 20. Dez., bei Frommhold in: Restaurant „Glück auf“.

Mühlheim a. d. Ruhr. Samstag, den 20. Dezember, Abends 8 Uhr, bei Herrn Röll, Diesswall 10.

Nossen. Sonnabend, den 20. September, Abends halb 9 Uhr, bei Häbler.

Nürnberg. (Kunst- und Bauhölzer.) Samstag, den 20. Dez., im kleinen Saale des Cafés West.

Ochlig. Samstag, den 20. Dezbr., Abends 9 Uhr, bei Herrn Kornmebel.

Oldenburg. Sonnabend, den 20. Dezbr., Abends halb 9 Uhr, bei E. Wehrkamp, Kurmühlstraße.

Oettingen. Sonntag, den 21. Dez., Abends 6 Uhr, bei M. Bremer, Mülheimerstraße.

Pöschel. Mittwoch, den 17. Dezbr., Abends halb 9 Uhr, in der „Baronshalle“.

Reichartshausen, St. Johann und Markt-Gurbach. Die Einzelmitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes treffen sich zu einer Besprechung am 21. Dezember, Vormittags 10 Uhr, im Kaiserjahr zu St. Johann, Hagenstraße.

Solingen. (Militärmaschinenarbeiter.) Freitag, 19. Dez., Abends 8 Uhr, im Lokal des Herrn Albert Wanhoff, Kölnerstraße.

Stettin a. Ang. (4. Bezirk, Bredow.) Montag, den 15. Dezember, Abends 8 Uhr, im Bredower Schützenhaus. Neuwahl der Bezirksleitung.

Stralsund. Sonnabend, den 20. Dez., Abends halb 9 Uhr, im Arbeiter-Kaffee, Semlowertstr. 19.

Strasbourg i. E. Samstag, den 20. Dez., Abends halb 9 Uhr, bei Vogel, Weichharmstraße 1.

Südtigart. Samstag, den 20. Dez., im Gewerkschaftshaus zum Gold. Varen, Pfingststr. 17/19.

Suhl. Sonnabend, den 20. Dezbr., Abends halb 9 Uhr, im Restaurant Belleme, Mehlstr. 4.

Suhl. (Schmiede.) Samstag, 13. Dezbr., Abends 8 Uhr, im Lokale der Witwe Detelschlofen. Neuwahl der Ortsverwaltung und Bibliothekare.

Telberr. Samstag, 20. Dez., Abends halb 9 Uhr, im Lokale des Herrn Heim, Otting, Poststr. 53.

Tirsdorf. Sonntag, den 14. Dezbr., Vormittags 10 Uhr, im Lokal zum goldenen Hirschen. Neuwahl.

Tittau. Samstag, den 13. Dez., Abends halb 9 Uhr, im Bürgergarten.

Zuffenhausen. Samstag, den 20. Dezbr., Abends halb 9 Uhr, im Gasthaus zum Kirchhof, Rosenstr. 43.

Altenburg. Den reisenden Formern zur Kenntnis, daß das Umhauen hier streng verboten ist. Arbeitsnachweis und Auszahlung eines Extrageschentes beim Bevollmächtigten.

Berlin. Wegen der Weihnachtsfeiertage ist das Bureau Mittwoch, den 24. Dezember Nachmittags, den 25. und 26. Dezember den ganzen Tag und den 27. Dezember Nachmittags geschlossen.

Forst i. L. Freundliche Herberge bei Fr. Gay, Rottbuserstraße.

Gießen. Sonntag, den 21. Dez., Abends 8 Uhr Weihnachtsfeier im Gambinus. Alle Kollegen werden ersucht, zahlreich zu erscheinen.

Gröbn. Die Zahlstelle Gröbn-Riesja wird nach Gröbnhain i. S. ab 1. Januar verlegt.

Mühlheim a. R. Jeder Kollege verkehrt dort, wo der Wirt das Lokal auch zu Versammlungen hergibt. Verkehrslokal bei Röll.

Cölnshride. Freitag, den 26. Dezember, Nachmittags 4 Uhr, im Saale der Witwe Detelschlofen, Weihnachtsfeier mit Kinderbescherung. Eintritt 30 Pfg. — Sodann werden die Mitglieder ersucht, die Verbandsbücher zwecks Kontrolle bis 27. Dezember an die Bezirksleiter abzugeben.

Weimar. Wir ersuchen alle diejenigen Kollegen, welche beim Streit in der Waggonfabrik im Jahre 1899 abreifen und noch Geld zu erhalten haben, das vor dem Gewerbegericht ausgestellt war und noch in unserem Besitze ist, sich bis Ende Dezember zu melden. Die Ortsverwaltung.

Gestorbene.

In Cannstatt der Schlosser Wilhelm Schmalader, 25 Jahre alt, Schwindlucht. — In Feuerbach der Flaschner Vincenz Ruff, 31 Jahre alt, Herzbeutelentzündung. — In Linden der Schmied Hermann Brockmann, 26 Jahre alt, Schädelbruch.

Privat-Anzeigen.

Inserate werden nur gegen Vorauszahlung angenommen. Der Preis für die dreigezeigte Petizzeile beträgt 50 P.

Ein tüchtiger Schmied

zum sofortigen Antritt auf dauernde und lohnende Stellung gesucht. [119] E. A. Steinbach, Kinderwagenfabrik Rintly bei Lüban i. S.

Größtflüssiger Formsand für Messinggießerei, von vielen Material anerkannt empfiehlt billigst nach jeder Bahnstation Sandgräberei n. Ziegelei Pleddersheim Rheinhessen Friedrich Goedel. [118]

Das geometrische Zeichnen und die Projektionslehre als Grundlage für das gesamte technische Zeichnen. Für Metallarb.-Verbandsmitglieder statt 5 Mk. geb. nur 4 Mk. Flächen-, Körper- und Gewichtsberechnen im Maschinenbau. Preis nur 1.50 Mk., Nachnahme 1.70 Mk. Erste Anerkennungen. — Prospekte verlangen von [113] O. Lippmann, Dresden-Trachau, Dorfplatz 12.

Der Metallarbeiter.

Hilfs- und Nachschlagebuch für Dreher u. Schlosser. Enthält Anleitung zum Härten, Bohren, Fraisen und Drehen. Die Zeitberechnung zum Drehen größerer Gegenstände auf der Mandrehbank, Berechnung der Tourenzahl von Maschinen. Das konische Drehen mittelst Keifstod und Support, Gewindeberechnung nach Whitworth und Millimeter-Steigung, sowie Gewinde-Tabellen für alle vorkommenden Gewinde, Konstruieren von Zahnräder, sowie Fraisen von Zahnrädern und anderes. Viele Anerkennungen. Zu beziehen durch

Const. Haas,

Köln, Sphaafenstraße 45. 1 Stück M 1,80 (auch in Briefmarken) oder per Nachnahme M 2,—, 2 St. 3,60, 3 St. 5,40, 5 St. 8,20 und 10 Stück 16,— bei freier Zusendung. Bei 10 Stück ein Freieemplar. [44]

Der praktische Fabrik-Schlosser.

Enthält Mitteilungen über Erzeugung von Eisen, Stahl, Kupfer etc., Behandlung des Stahls, sowie die Fehler in der Stahlbehandlung. Führt über Härten des Stahls. Das Abheben. Das Nieten. Flächen- u. Körperberechnungen. Zahnrad-Berechnungen. Berechnungen der Tourenzahl von Maschinen u. s. w. u. s. w. 1 Stück M 1,50 (auch in Briefmarken) oder per Nachnahme M 1,70, 2 St. M 3,10, 3 St. 4,50, 5 St. 7,20, 10 St. 13 M (bei 10 St. ein Freieemplar) bei freier Zusendung.

Formerwerkzeuge

aus Stahl, Messing, Bronze und Holz liefert sauber u. billig Max Pfüller, Formerwerkzeugfabrik Böhlen-Leipzig. Musterbuch und Preisliste gratis und franko.

Schems Reisehandbuch

für wandernde Arbeiter. (Tourand. 2. Redf.) Ueber 2000 Reise Touren. 1. Band. u. 2. Strassenkarte. Geb. M 1,50. 4. veränd. Auflage. Bövelk.-Ziffern v. 1900. Durch J. Schem, Nürnberg, Fürtherstr., u. alle Buchh.

Druck und Verlag der Fränkischen Verlagsanstalt und Buchdruckerei (G. m. b. H.) in Nürnberg.